minister (!) Rücksprache genommen, der ihm jegliche Bedenken genommen habe. Eine Verfolgung liegt nicht vor, und wäre es der Fall, so hätte ein Revolutionär eine prinzipielle Entscheidung einer taktischen vorzuziehen, das verlange hier die Reinheit der Bewegung von ihm. Katz brüllt, das tat weh! Er versucht zu retten, was es noch zu retten gibt, fällt aus dem Konzept, schlägt Purzelbäume, bis er sich selbst wieder gefangen hatte. Nachher wurde es jedem klar, warum er sich plötzlich selbst aufgab, der Retter, die Einheitsorganisation, sie stand ja noch im Hintergrunde der Ereignisse. Die Opposition gegen Katz stärkt sich, schwillt an. **Die Abstimmung ergibt 23 gegen 1 Stimme** für sofortige Niederlegung seines sowohl wie sämtlicher parlamentarischer Mandate.

Abends 9 Uhr findet die gemeinschaftliche Sitzung statt. In seiner Einleitung betont Pfempfert, daß die heutige gemeinsame Kampffront vor einem Jahr noch niemand geglaubt habe. Das von der KPD. in den Staub gezogene Banner des Spartakus sei jetzt wieder vom rev. Proletariat emporgehoben, schon flatterten seine Fahnen wiederum über Deutschlands Grenzen, Litauen, Tschechoslowakei usw. Es folgte die gemeinsame Weiterberatung der Richtlinien. Es machte keinen guten Eindruck, daß Pfempfert darauf bestand, daß die Genossen der bisherigen Opposition und die der Einheitsorganisation sich zusammensetzen sollten nach Fraktionen, weil er Wert darauf lege, über den Tisch herüber mit den Genossen der Einheitsorganisation in dauerndem Kontakt zu bleiben. Man wehrte sich seitens der Opposition gegen die Fraktionsmacherei, während denkende Proletarier hier wieder den schlauen Fuchs an der Arbeit sahen. Es mußte ja mit allen Mitteln Katz gerettet werden. Die antiparlamentarische Frage der Richtlinien warf jetzt wieder diese Diskussion auf. Pfempfert erklärt, daß hier bei Katz eine Ausnahme zu machen sei, daß das keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der einfachsten Solidarität bedeute. Man würdige hier das Prinzip zu einer Farce herab und den Oppositionsgenossen solle es doch zu denken geben, daß die AAUE. die jahrelang mit dem reinen Schilde des Antiparlamentarismus gekämpft, hier keinerlei Bedenken gehabt habe, sondern einstimmig beschlossen hätten, daß Katz sein Mandat weiterhin zu behalten hätte. Es sei dieses die einzig dastehende Tatsache, daß eine rev. Organisation das Parlament wirklich einmal revolutionär ausnützt. Ein wunderbares Schauspiel. Katz mimt den sich dem Willen der Mitgliedschaft unterordnenden „ehrlichen Führer". Was sagt er: Genossen, ich muß zu meinem größten Bedauern hier dem Gen. Pfempfert entgegentreten. Durch die scharfe Mißtrauensdebatte in der KPO.-Sitzung und nach all dem anderen, was dabei vorgefallen, besteht für mich jetzt keinerlei Möglichkeit mehr, ich lege mein Mandat nieder, **kann für die Bewegung des neuen Spartakus nicht mehr arbeiten, ich muß mich jetzt ins Ausland begeben.** August Merges begibt sich auf die Szene und gießt das Oel besänftigender Worte in die erregte Menge. Der Kasper des Marionettentheaters! Mit pastoraler Miene verkündet er folgendes: Genossen, ich stehe nicht in dem Verdacht opportunistischer Anwandlungen. Es hat mich riesig gefreut, daß hier zur Erkenntnis gekommene Proletarier rücksichtslos die Person vernichten. Aber tun wir denn nicht ein Unrecht in punkto Solidarität. Vor einigen Jahren sagte Thälmann einmal im Reichstag: wir pfeifen auf die Gesetze. Katz, von einem bürgerlichen Parlamentarier darüber befragt, wie er darüber denke, antwortete, er wahre die Geschäftsordnung des Hauses. Heute sei dieses Verhältnis gerade umgekehrt. Es sei vollkommen gleich, welche Person hier in Betracht käme, ob sie Katz oder Liebknecht (!) heiße, hier müsse sie gerettet werden.

Der ungeheure Ekel der Komödie machte es notwendig, den Ausführungen gerade hier einen breiteren Rahmen zu geben.

Die Sprecher der Opposition lehnten darauf wiederum jegliche Revidierung ab. Gohr stellt die ganz konkrete Frage: Wird Katz der Justiz ausgeliefert? Und nach ganz gewissenhafter Prüfung muß er diese Frage mit Nein beantworten. Er belegt seine Ausführungen mit Beweisen. Mit ganz gerissenen Demagogenstücken operiert wiederum Katz, von einem Extrem ins andere fallend, unbewußt das zugebend, was er vor kurzem bestritten, anderes bestreitet, was er bereits zugegeben, z. B. Angebot seines Mandats an die Gen. Malle, Hannover. Er ersucht, eine Erklärung von Gohr zu verlangen, ob er auch dann sich nicht revidieren würde, wenn bewiesen würde, daß eine Verfolgung in Frage kommt. Doch Gohr läßt sich nicht auf diese Kniffe ein. Als ein Genosse der Einheitsorganisation ihm unterschieben will, daß er nur von Katz jetzt das verlange, weil die Mitglieder seine Mandatsniederlegung verlangt hätten, antwortet Gohr durch Zwischenruf: **Das ist so Eure Methode, die Methode Pfempfert, der ist ja weltbekannt dafür.**

Pfempfert sieht sich jetzt veranlaßt, einzulenken, er beantragt Weiterberatung der Richtlinien. Gohr verlangt eine endgültige Klärung. Es erfolgt Abstimmung, gegen 6 Stimmen wird der Antrag Pfempferts angenommen. Ein eingelaufener Antrag, die Strafverhältnisse im Falle Katz einer Untersuchungskommission von Berliner Genossen zu übertragen und solange die Angelegenheit ruhen zu lassen, wird unter Protest von 6 Stimmen angenommen. Damit war der KP.-Opposition das Rückgrat gebrochen, die Komödie hatte ihren Höchstpunkt erreicht! Gohr gab die Erklärung ab, daß unbeschadet dieser Entscheidung die Hannoverschen Stadtverordneten ihre Mandate sofort niederlegen. Revolutionäre Proletarier sind in ihrer Gläubigkeit der Niederträchtigkeit zum Opfer gefallen. Die Weiterberatung der Richtlinien vollzog sich dann in ruhiger Debatte. Noch einmal erhebt sich der Pompanz, Merges, der sich nicht schämte einen Liebknecht mit einem Katz in eine Parallele zu stellen. Er wird durch Pfempfert diktatorisch zum Präsidenten der ersten öffentlichen Tagung des Spartakusbundes bestimmt, ausgerechnet er, der olle Spartakist!

Eine jede Komödie braucht ihren dummen August, die Komödie von Göttingen hat den ihrigen gefunden. Die Generalprobe hat geklappt, nunmehr kann das Schauspiel für die Oeffentlichkeit beginnen. Sonntag! Lorbeerhain, rote Drapierung. Nun muß sich alles, alles finden. Der bürgerliche Presseschmok, die TU., die bürgerliche Presse, „Rote Fahne" und „MAZ." lassen sich vertreten. Das vom Sturme wildgepeitschte Meer des vergangenen Tages hat sich geglättet. Eingeleitet werden die Feierlichkeiten durch den Kahn, dieses schon von der KPD. bekannte politische Wrack (den keiner von den anwesenden Proletariern ernst nimmt), der sich in seiner schleimigen Begrüßungsansprache folgenden Witz erlaubte: Als ein Symptom müssen wir es betrachten, daß die Taufe des ersten Spartakus sich in einer Stätte der Wissenschaft, in Heidelberg, die zweite in der Stätte der Wissenschaft in Göttingen, sich vollzog (!!). Und dann kam Aug. Merges — wie tief bis Du gesunken, daß Du Dich zum Geburtshelfer eines Wechselbalges degradiertest. Er begrüßt den zum neuen Leben erstandenen Spartakus. Es folgte die Verlesung einer Reihe von Begrüßungsschreiben, Weyer vom DIV., Schlagewerth von der Korschgruppe und noch andere senden ihre brüderlichen Grüße. Die Prätendenten der Halbheit und Schwäche, des waschechten Opportunismus und des Strebertums, als Paten, fürwahr ein böses Omen. Alsdann hielt Katz ein Referat über die wirtschaftl. u. politische Lage, sowie der Stellung zu Rußland. Sein Referat sah so aus wie seine Mitteilungsblätter, man merkte ihm deutlich an, daß ihm das Referentenmaterial der KPD.-Zentrale fehlte und er aus eigenem schöpfen mußte, es war dementsprechend. Keine Spur von einer marxistischen Analyse der Krise des Kapitalismus. Auch die Diskussion über sein Referat ergab nichts besseres. Dann sprach Pfempfert über das Programm und den organisatorischen Aufbau. Er sagte nichts über das Programm, wohl aus dem Grunde, weil es nichts besagt. Auch er brachte nichts weiter als scharfe Ausführungen über Rußland, die aber genau so wie bei Katz eine wirkliche historisch-materialistische Betrachtung, die Entwicklung von der Nep zum Kapitalismus vermissen ließ. Die Debatte ergab nichts Neues, die Opposition resignierte. So schloß der Spartakustag. Die Opposition mußte erkennen, daß an der Wiege des neuen Spartakusbundes Intriganten und Berufsrevolutionäre den Geburtshelfer spielten. Wieder fanden die Worte Hegels Erfüllung: „Alle Dinge kehren in der Geschichte zweimal wieder, das einemal als Tragödie, das anderemal als Farce. Der alte Spartakusbund ging an seinen innewohnenden Gegensätzen zugrunde. Auch der neue Spartakusbund trägt, wie aufgezeigt, den Keim innerer Zersetzung in sich. Wir, die KP.-Opposition, werden mit aller Schärfe den Kampf gegen alle Fäulnis aufnehmen, gekennzeichnet durch politisches Schieber- und Schmarotzertum, im Interesse einer wirklichen Einigung aller revolutionären Kräfte des Proletariats im Geiste Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Die revolutionäre Presse
ist die unersetzliche Waffe in den Händen des revolutionären Arbeiters.
Kein Preis darf zu hoch sein
um sie zu stützen und auszubauen. Ihr Kampf ist euer Kampf, ihre Not eure Not.
Unterstützt die „KAZ."
durch Sammlungen für den Pressefonds, durch Werbung neuer Leser und ihr kämpft mit ihr
für die Revolution!

Berlin-Weißensee

Feige Gesellen.

Zum Donnerstag, den 18. November, hatte der 18. Bezirk der KAP. und AAU. zu einer öffentlichen Versammlung nach den „Borussia-Sälen" in Weißensee aufgerufen.

Die Versammlung war gut besucht. Es waren auch viele „Rote Front- und KPD.-Anhänger erschienen. Der Referent behandelte im Thema: „Der Hunger-Winter — Erwerbslosigkeit — Was ist zu tun?", sachlich, aber kritisch. Und zeigte vor allen Dingen den Versammelten die Niedergangsepoche des Kapitalismus und die daraus sich ergebenden Konsequenzen auf. Er ging dann auf die Politik der parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften ein, sowie der „revolutionären parlamentarischen" Partei, der KPD. und ihre Beziehungen zu Rußland. An Hand von authentischem Material zeigte er, daß der Weg Rußlands der Weg des „Sozialismus" der Scheidemann, Noske und Ebert ist, den heute Bucharin und Stalin in Rußland „aufbauen". Die Konsequenz daraus sei, parlamentarisch-gewerkschaftliche Organisationen zu verlassen und die auf dem Boden des Räteprinzips stehenden Organisationen, die Allgemeine Arbeiter-Union und KAP., zu stützen und zu stärken.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung meldeten sich 2 Redner der KPD. Der erste, Arno, bestritt die Frage der Todeskrise des Kapitals und versuchte, an lendenlahmen Beweisen eine „Stabilisierung" des kapitalistischen Systems herzuzaubern. Er verwickelte sich dabei speziell bei der Erwerbslosenfrage in dauernde Widersprüche. Er schimpfte weidlich auf die KAP. und beschwerte sich bei dem Referenten, daß er den Kongreß der „Merkwürdigen" als Spießbürgerkongreß tituliert hatte.

Als zweiter Redner trat ein gewisser Jenoschke in Erscheinung. Er war die typische, kleinbürgerliche Gewerkschaftsfigur. Angeblich früheres Mitglied der Allgemeinen Arbeiter-Union. (Was ja zum größten Teil alle KPD.-Redner sind, trotzdem sie die Union noch nicht mal gerochen, viel weniger in ihr gearbeitet haben.) Von seiner langen Rede kurzer Sinn ist ein Satz bezeichnend, und das ist der: die Hyänen des Schlachtfeldes (damit meinte er die KAP.-Genossen in Weißensee) sollen nicht denken, daß in Weißensee wegen der Opposition etwas zu machen sei." —

Nach diesem Redner wurde von einem Hinze ein Zettel zur Wortmeldung heraufgereicht. Der Versammlungsleiter nahm an, daß es sich hierbei um einen ehrlichen Diskussionsredner handelte. Dieser Bursche forderte die Versammlung auf, die „Wüstenprediger unter sich zu lassen". Unter Gebrüll und Tumult verließen dann die Ekkitreuen „Hyänen des Schlachtfeldes" den Saal. **Die geschlagenen Feiglinge brachten nicht mal den Mut auf, dem Schlußwort des Referenten standzuhalten,** in welchem dieser die Feigheit dieser „Revolutionäre" kennzeichnete.

Der „Proletarier"
vertritt in Deutschland als einzige kommunistische Monatsschrift den revolutionären Marxismus. Er wird von Arbeitern geschrieben und dient nicht Führerinteressen, sondern nur dem proletarischen Befreiungskampf. Die Spalten der Monatsschrift stehen jedem zur Mitarbeit offen, der für den Kommunismus wirken oder sich mit seinen Grundsätzen und seiner Taktik auseinandersetzen will. Auf den Inhalt des Jahrgangs 1926 sei durch die folgenden Themen hingewiesen: Der engl. Streik / Genf und die Arbeiterklasse / Das Wirtschafts-Programm der Gewerkschaften und des Industriekapitals / Zollfragen und die Arbeiterklasse / Paneuropa / Amerika u. das sterbende Europa / Der Ursprung der K.P.D. / Das Agrarproblem / Die Krise in der bolschewistischen Partei Rußlands / Silvio Gesell und die proletarische Revolution.

Das Einzelheft Mk. 0.50

Zu beziehen durch alle Funktionäre der K.A.P.D. und der Allgem. Arbeiter-Union oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Revolutionäre Arbeiter lesen den
„PROLETARIER"

Weißensee ist nicht von einer chinesischen Mauer umgeben, wo die Wahrheit über Rußland und über die bolschewisierte Partei nicht hinwegkäme. Die „Rationalisierung der Betriebe" macht ebenfalls nicht Halt vor Weißensee, wie auch die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse überhaupt. Also fehlt nur noch die Umwälzung der Arbeiterhirne von der reformistischen Ideologie zur revolutionären. Diese zu beschleunigen, zu fördern, das ist Aufgabe der KAP. und AAU.! — Die KAP. und AAU. werden diese Aufgabe lösen, und mit ihr zusammen arbeitet die Zeit und — die Wahrheit.

Kassel

Oeffentliche Versammlungen.

Am Donnerstag, den 18. November, fand in Cassel eine Versammlung statt, in welcher es Mitglieder der Erwerbslosenkommission wagten, der „Kommunistischen Partei Deutschlands" einmal die Wahrheit zu sagen. Die Versammlung wurde zwar nicht von KAP.-Mitgliedern einberufen, jedoch sprachen in der Diskussion 2 Leser der „KAZ." **im Sinne der KAPD.** Das Thema lautete: „Erwerbslosen-Werktätigenkongreß und die korrumpierte KPD." Der Referent, ein Klassengenosse W., beherrschte leider nicht einwandfrei das Thema. So war die Situation eine heikle und wurde nur durch die sachlich scharfe Diskussion der schon erwähnten „KAZ."-Leser wenigstens so weit gerettet, daß die KPD.-Getreuen, welche, wenn sie auch nich ausschließlich den Saal füllten, so doch in der Mehrheit waren, nicht auf ihre Kosten kamen. — In der Diskussion sprach als Erster der Parteisekretär L. der KPD., Bezirk Hessen-Waldeck. Er drosch die „ollen Kamellen", Revolutionierung der Gewerkschaften, sprach sogar von Industrieverbänden- revolutionärem „Aufstand", Zersetzung der Schupo und Reichswehr, hieb „kräftig" auf den Referenten ein, und man sah, daß er mit seinem Anhang nur gekommen war, um als „Redner" zu glänzen. Er würzte sein sage und schreibe 2-Stunden-Referat mit der Komik eines „köllschen Tünnes" und ging dann schmunzelnd als „Hahn im Korbe" an seinen Platz zurück, mit dem Bewußtsein „ich bin ein Held", denen habe ich's einmal gesteckt! — Als zweiter Diskussionsredner sprach ein Leser der „KAZ.", Genosse S. Er ging auf die Ausführungen des „kommunistischen" Parteisekretärs ein, sagte ihm, daß er an eine Revolutionierung der Gewerkschaften doch wohl selbst nicht glaubt, griff das Schlagwort „Aufstand" heraus und hatte damit ins „kommunistische" Wespennest gestochen. Er fragte den Parteitünnes, ob er seinen „Aufstand" mit der großen Pauke und dem Tsingbumtara des RFB. machen wollte. Ein allgemeines Geschrei unterbrach minutenlang den Redner. Genosse S. geißelte dann spezialisiert den sogenannten Kongreß der „Werktätigen" im Lichte des Marxismus, kennzeichnete den Weg der KPD. in den Sumpf des Reformismus und legte klar, daß die KP. nicht mehr das Recht habe, als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse angesehen zu werden. In manchen Punkten (natürlich nur in jenen, wo der Redner die „geheiligte KPD. nicht direkt angriff) nickte der Parteisekretär sogar zustimmend. Genosse S. beendete seine Ausführungen, daß die 1921 in Cassel zerschlagene **KAPD.** sehr bald wieder neu erstehen wird und wünschte der KPD. glückliche Reise zur SPD. Außerdem sprach noch Genosse Schm. Als letzter sprach der Geschäftsführer des RFB., Bezirk Cassel. Als wissender, marxistisch geschulter Mensch (mit dem an Stelle des Parteisekretärs der KPD. eine sachliche Auseinandersetzung wohl möglich gewesen wäre), versuchte er die Ausführungen des „KAZ."Lesers, Gen. S., demagogisch zu entkräften, indem er das im Sperrdruck stehende Zitat Lenins (Leninbroschüre), **als nicht von Lenin geschrieben bezeichnete,** was ihm aber nicht gelang.

Im Schlußwort versuchte der Referent W. zu verbessern, was er in seinem Referat unklar und mangelhaft vorbrachte.

Die erzrevolutionären „Syndikalisten" glänzten, wie in jeder öffentlichen Versammlung, als Mauerblümchen, als die altbekannten Duckmäuser, die mit besonders gespanntem „Trommelfell" zuhörten, ob nicht etwa von einer Seite „Mist" verzapft wird. Diese drolligen Kerle wagten es nicht, trotzdem der Partei„tünnes" der KPD. sie „scharf" angriff, aus ihrer Lethargie herauszugehen, um ihm auf das Fell zu klopfen. Echt aristokratisch gaben sie sich mit dem Gedanken zufrieden: „Was ein Esel spricht, das acht ich nicht." Ihre Angst, ihr Lampenfieber, nicht reden zu können, ist jedesmal da zu Hause, wo es nicht angebracht ist. Stundenlang „schnattern" diese syndikalistischen Gäse, am Arbeitsamt Cassels vom Syndikalismus, und mit prüfender Miene mustern sie jeden, der nach ihrer Meinung „Bockmist" in einer Versammlung gemacht hat. Reden ist Silber und Schweigen ist Gold. Mit dieser Parole legen sie sich schlafen, stehen sie auf und sehen der Zukunft entgegen, im festen Glauben, damit ihre Organisation zu stärken. Die Feigheit sitzt bei ihnen in allen Poren. — Cassel ist ein großes Dorf, schwer zu bearbeitende Klassengenossen, aber grundehrlich und in diesem Bewußt sein gehen wir an die Arbeit.

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirkskonferenz Rheinland-Westfalen.

Am Sonntag, den 12. Dezember 1926, vorm. 9 Uhr, findet in Düsseldorf eine Bezirkskonferenz der KAPD. statt. Sämtliche Ortsgruppen müssen Delegierte schicken. Lokal ist im Rundschreiben bekanntgegeben.

Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche und politische Lage und unsere Aufgaben. — 2. Die Krise der KPD. — 3. Erwerbslosenfrage. — 4. Organisatorisches. — a) Geschäftsbericht und Kassenbericht der Bezirksleitung. — b) Berichte der Ortsgruppen. — c) Verbindung. — d) Presse. — e) Agitation. — 5. Verschiedenes.

Antrag der Ortsgruppe Elberfeld-Ronsdorf.

Die Ortsgruppe Elberfeld-Ronsdorf beantragt, den Beschluß der vorletzten Bezirkskonferenz: pro arbeitendes Mitglied und Monat eine Mark Extrabeitrag, dahingehend abzuändern, daß 50 Pfg. an die Bezirksleitung und 50 Pfg. an die Ortsgruppen abgeführt werden.

I. A.: Die Bezirksleitung.

Mitteldeutschland und Sachsen.

Ortsgruppe Halle.

Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7,30 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße: **Oeffentlicher Diskussionsabend.** — Thema: „Revolutionärer Parlamentarismus oder revolutionärer Klassenkampf, Gewerkschaften oder Union?" Alle oppositionellen KPD.- und RFB.-Mitglieder sind hierzu eingeladen.

Ortsgruppe Chemnitz.

Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7,30 Uhr, im Lokal „Sächsische Krone", Dresdener-, Ecke Lessingstraße: **Oeffentlicher Diskussionsabend.** Thema: „Fachgewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union?" Sympathisierende sind willkommen.

Ortsgruppe Leipzig.

Jeden Donnerstag, abends 7,30 Uhr, **öffentliche Diskussionsabende** im „Schloß Lindenfels", Karl Heinestr. Referate und freie Aussprache über die brennendsten Fragen des Klassenkampfes.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sofa, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 95 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Dezember 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1.30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Zwischen zwei Fronten

Zur Tagung des „Kongresses der Werktätigen".

> „Es gibt nur einen Ausweg, der nicht die Macht der Kapitalisten stärkt, sondern zur Befreiung der Ausgebeuteten führt:
> Zusammenschluß und Einheit des ganzen werktätigen Volkes im Kampfe um seine Existenzforderungen!
> Deshalb rufen wir zum Kongreß der Werktätigen!
> Der Kongreß der Werktätigen soll alle Anstrengungen der unterdrückten und leidenden Massen zu einem einheitlichen Kampfprogramm zusammenfassen. Er soll die Herzen von Millionen und aber Millionen Verzweifelter mit neuer Kampfkraft erfüllen, er soll gemeinsame Organe aller Schichten des werktätigen Volkes zur Abwehr und zum Gegenangriff gegen die vereinte Offensive der Kapitalisten und Reaktionäre schaffen. („Manifest", „R. F." vom 12. 9. 1926.)

Eines ist klar ersichtlich: Das Versagen der SPD. und der Gewerkschaften. Aber deren Versagen ist das Versagen der reformistischen Taktik überhaupt. Was nun? — Diese Frage steht vor jedem Arbeiter. Die Tretmühle der kapitalistischen Rationalisierung zermalmt rücksichtslos ihre Opfer. Die Massenarbeitslosigkeit ist zur natürlichen Begleiterscheinung der imperialistischen Phase des Kapitalsmus geworden. Die Neuorientierung der Arbeiterbewegung ist unumgänglich geworden.

Die Gewerkschaften versagen naturgemäß in allen Tageskämpfen der Arbeiter. Denn der reformistische „Kampf" bedingt die Unterordnung unter die nationalen Interessen der Volkswirtschaft, von deren Konjunktur auch die Konjunktur der Ware Arbeitskraft abhängig. So ist z. B. die Rationalisierung im Interesse der deutschen Wirtschaft — des Profits — notwendig, um unter günstigeren Bedingungen auf dem Weltmarkt konkurieren zu können. Vom reformistischen Standpunkt der Identität der nationalen kapitalistischen und proletarischen Interessen ist daher die Rationalisierung erforderlich. Denn: würde die Rationalisierung vereitelt, dann wäre die Konkurrenzmöglichkeit vermindert oder unmöglich; die Wirtschaft würde zusammenbrechen — und die Leiden der Arbeiterschaft wären noch tausendfach verschlimmert. Damit kann man auch die Bewilligung der Kriegskredite, die Unterstützung deutscher Annektionsabsichten, des U-Bootkrieges stützung deutscher Annektionsabsichten, des U-Bootkrieges, Schupo, Reichswehr, Zuchthäusler usw. verteidigen.

Der „Kongreß der Werktätigen" soll nun, nachdem der ADGB. immer „mußte", aber nicht wollte und konnte, ein einheitliches Kampfprogramm des ganzen werktätigen Volkes im Kampfe um seine Existenzforderungen aufstellen. Und wir zweifeln nicht daran, daß er ein sogenanntes „Kampfprogramm" aufstellen wird. Dafür will uns die ganze Vorbereitung und Zusammensetzung dieses Kongresses bürgen. Die Zusammengewürfelte Gesellschaft von christlich-sozialen Organisationen, von Verbänden und Vereinigungen der Handel- und Gewerbetreibenden, von bäuerlichen Organisationen usw. wird auch sicherlich „gemeinsame Organe aller Schichten des werktätigen Volkes" wählen. Die ehrlichen Arbeiter- und Arbeitslosen-Vertreter werden in der Gesellschaft der Vertreter von bürgerlichen Stadt-, Gemeinde- und Dorfvertretern schließlich doch ein wenig nachdenklich werden, wenn man ihnen die verschiedensten „Kampfforderungen" der Kleinbürger brühwarm präsentiert.

Oder sollten sie von einer geschickten Szenerie so sehr mitgenommen sein, daß ihnen gar nicht die Frage aufsteigt: wie können denn diese mit Kleinbürgern, Christen, Republikanern, Pazifisten und dem Oberbürgermeister von Düsseldorf geschaffenen Organe „zur Abwehr und zum Gegenangriff gegen die vereinte Offensive der Kapitalisten und Reaktionäre" (d. h. für den Sozialismus) praktisch in Funktion treten, ohne daß sie im Ernstfall platzen? Allerdings würden sie und die Arbeiter, die etwas für sich von dieser Tagung erwarten, mit dieser Frage dem Kernpunkt näher kommen: die daran beteiligten Organisationen, mögen sie sich „kommunistisch" oder „rot" schimpfen, wollen ja garnicht den einzigen Ausweg der sozialen Revolution beschreiten!

Die Arbeiterklasse hat aber heute zwischen zwei Fronten zu wählen: reformistisches Manöver und kapitalistische Barbarei oder revolutionärer Kampf und Sieg des Sozialismus! Seitdem der Kapitalismus auf seine Absatzschranken gestoßen ist, ist es mit einer Konjunktur im weltwirtschaftlichen Sinne aus. Die internationale Unmöglichkeit der vollen Ausnützung des Kapitals und der vorhandenen Produktionsanlagen bedingt Wirtschaftskrisen, verstärkte Kapitalkonzentration, und verschärften Konkurrenzkampf. Konjunkturmöglichkeiten sind deshalb gering und nur durch Ueberflügelung eines Gegners möglich, z. B. im englischen Bergarbeiterstreik. Aber selbst bei der vorübergehenden günstigen Konjunktur im deutschen Bergbau versagte der „gewerkschaftliche Kampf" vollkommen. Bei geleerten Haldenbeständen, riesigen Preisaufschlägen, geringer Arbeitereinstellung, intensivster Arbeitshetze mit großen Krankheits- und Unglücksziffern — 4 Prozent Lohnerhöhung, die nicht im geringsten die vergrößerte Arbeitsleistung ausgleicht und doch bei Zurückgehen der Konjunktur mindestens im selben Maße illusorisch wird. Früher war es den Gewerkschaften möglich, unter günstigen Bedingungen gegenüber dem einzelnen Unternehmer Erfolge zu erzielen. Heute ist der gewerkschaftliche Berufskampf gegenüber dem vertrusteten Kapital illusorisch.

Die Ueberwindung und Vernichtung der jahrzehntelangen gewerkschaftlichen und parlamentarischen Tradition ist die Voraussetzung für die revolutionäre Wiedergeburt der Arbeiterbewegung. Doch der „Kongreß der Werktätigen" stärkt die reformistischen Illusionnen innerhalb der Arbeiterschaft. Er soll, wie das Manifest des revolutionären Ausschusses kundtut, Forderungen für Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung — auch durch „Verhinderung jeder Preissteigerung für Lebens-

Die Tragödie in England

Dieser Tage spielt die letzte Szene der Tragödie der englischen Bergarbeiter. Gleichgültig ist, ob ein verzweifelter Guerillakrieg eine vollkommene Unterwerfung im Moment noch hinausschiebt. Gleichgültig ist, mit welchen Gefühlen die englischen Kumpels die verlängerte Arbeitszeit, die gekürzten Löhne, und den vorderhand ungeschmälerten Triumpf der Grubengewaltigen hinnehmen. Entscheidend ist, daß diese verzweifelte Kraftanstrengung, diese musterhafte Disziplin, diese unbeschreibliche Selbstaufopferung nicht genügte, um auch nur die elementarsten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Die englischen Bergarbeiter kehren bedingungslos in die Sielen zurück, und lassen den besten Teil ihrer Kameraden als Gemaßregelte auf der Strecke. Sie sind vom Hunger besiegt.

Es ist ganz charakteristisch, daß die sogenannten „Arbeiterparteien" sich resigniert abwenden von diesem Schauspiel. Die deutschen Gewerkschaften haben ohnehin in letzter Zeit laut nach Beendigung dieses Konflikts geschrien. Es war die Angst, daß die bedingungslos niedergetretenen von der Verzweiflung noch einmal aufgerüttelt, „Dummheiten" machen könnten. Der proletarische Riese ist nun einmal unberechenbar. Ein nochmaliges Aufbäumen des geschlagenen Riesen, dem die Verzweiflung vielleicht Riesenkräfte verliehen hätte, wäre ein nicht zu parierender Schlag gewesen. In einem offenen Konflikt mit der kapitalistischen Staatsmacht wären die Masken der Gewerkschaften und Sozialdemokratien aller Länder. erbarmungslos heruntergerissen worden.

Dieser englische Kampf hat die Niederträchtigkeit der Gewerkschaften und des „Internationalismus" der zweiten und dritten Internationale in seiner ganzen Größe offenbart. Die „Internationalität" der Gewerkschaften bestand darin, daß sie ihr Geld gegen gute Zinsen verliehen, wie es der arme Schächer vom Wucherer bekommt. Soweit die Proleten ein Schärflein für die durch den Streik gegebene Konjunktur geben wollten, um ihre „Solidarität" zu beweisen, durften reguläre Beiträge nicht angerührt werden. Diese sind ein für allemal für die Kassenschränke der Gewerkschaftsbanken bestimmt. Dafür, daß die deutschen Proleten den „englischen Brüdern" die Arbeit fortnahmen, dafür, daß die Kohlenbarone riesige Geschäfte machen konnten, dafür, daß die Kohlenkumpels sich einem kaum glaublichen Schwitzsystem unterwerfen durften, die Zahl der Unglücksfälle mit dem Steigen der Aktien wetteiferte — dafür durften die Arbeiter extra bezahlen. Die Gewerkschaften bezahlen noch nicht einmal die Judassilberlinge selbst.

Während der Konjunktur im deutschen Bergbau gab es nicht die geringste Ausnützung dieser Konjunktur im Sinne einer Kürzung der Schichten oder Erhöhung der Löhne im deutschen Bergbau. Es ist sonst das A und O der reformistischen Drahtzieher, daß sie dem Kapital „abzwingen", was irgend möglich ist. Nach jedem abgewürgten Streik lautet die Parole: Rüstet zum günstigeren Zeitpunkt". Niemals war dieser Zeitpunkt so günstig, als während des englischen Bergarbeiterstreiks. Aber die Gewerkschaften können in keinem Falle die Brüste abschneiden, an denen sie saugen. Sie haben auf eine Konjunktur gelechzt, lechzen nach einem „gesunden" Kapitalismus. Die Konjunktur war und ist noch in höchster Blüte. Sie denken nicht daran, ihrem Kapital „Schwierigkeiten" zu bereiten. Sie wissen, daß selbst diese Konjunktur nicht genügte, die Krise zu beheben. Die Arbeitslosigkeit ist trotzdem geblieben, und steigt weiter. Jeder Versuch, die Konjunktur auszunützen, die Siebenstundenschicht zu erzwingen, die Erhöhung der Löhne zu erzwingen durch einen Streik bedeutet heute, den verzweifelten Kampf des sich in der Krise windenden Kapitalismus zu verschärfen, bedeutet ferner die Notwendigkeit für das Kapital mit sofortigen Repressalien, mit offener Brutalität zu antworten. Die Lohn- und Arbeitskämpfe in der heutigen Epoche stoßen — wenn sie größeren Umfang annehmen, sofort auf die Gewalt der kapitalistischen Staatsmacht. Ein gemeinsamer Kampf der englischen und deutschen Bergarbeiter wäre durch die Solidarität der englischen und deutschen Kapitalisten sofort über den Charakter eines Lohnkampfes hinausgetrieben worden, und hätte die kapitalistische Krise weiter verschärft. In der Erkenntnis dieser Sachlage gab es für die Gewerkschaften nur eine „Solidarität", den großzügig organisierten Streikbruch.

Dieses Ziel, den Kampf der englischen Bergarbeiter von vornherein vollkommen zu isolieren, war auch das der englischen Gewerkschaften. In dem Moment, wo der Generalstreik abgewürgt war, war die Frage so gestellt, wer letzten Endes durch den Hunger kapitulieren muß, die Kapitalisten oder die Arbeiter. Das Geschrei der „Roten Fahne", „der Kampf geht weiter", ist das Geschrei gewissenloser Politikanten. Gewiß „geht" ein solcher Streik „weiter". Aber wohin muß er letzten Endes gehen? Er muß letzten Endes mit der Katastrophe enden. Nun da die Katastrophe da ist, kann auch das englisch-russische Geschäft wieder ungestört weiter gehen. Die Haltung Moskaus, das mit keinem Wort den englischen Arbeitern das Geheimnis verriet, daß nur der offene ungesetzliche revolutionäre Kampf zum Sturz des Kapitalismus einen Sinn haben kann, sondern das mit bombastischen Phrasen die englische Arbeiterklasse und damit das gesamte Proletariat in einer hoffnungslosen Illusion über den Ausgang eines isolierten Arbeitskampfes wiegte, war gerade die Hilfe, die die Gewerkschaften nötig hatten, um ihren Verrat zu einem erfolgreichen für das Kapital zu machen.

Durch die Niederlage der englischen Bergarbeiter wird die neue Welle der Kapitalsoffensive ihren schwarzen Schatten bald auch über das liebe deutsche Vaterland werfen. Der neue einsetzende Konkurrenzkampf des englischen Kapitals wird die Situation noch „ungünstiger" gestalten, wie sie schon ist. Weitere Rationalisierung, weiterer Lohnabbau, werden die Folgen sein, wird der Lohn dafür sein, den „bewährten" Gewerkschaften die „Treue" zu halten. Ob so oder so: Durch keine Hundedemut, durch keinen Verrat wird die Krise des internationalen Kapitalismus gebannt werden, und die aus dieser Krise geborene Offensive des Kapitals gegen das internationale Proletariat.

Bis das Proletariat nach vergeblichen verzweifelten Versuchen sich im Kapitalismus häuslich einzurichten, in dem Orkan der Kapitalskrise die Stimme der Revolution vernimmt und sich erhebt, trotz aller kapitalistischen Helfershelfer. Und dieses Erheben wird schon an sich ein vernichtender Schlag gegen die verräterischen Gewerkschaften und ihre Zutreiber sein. Die Arbeiter, die dies nach der Tragödie in England noch nicht begriffen haben sollten, sie werden es durch die eigene Tragödie begreifen.

„bedürfnisse" (Spießbürgerforderung: staatliche Kontrolle der Trusts) — gegen Rationalisierung, „gegen ungleiche Entlohnung von Mann und Frau", „gegen die Entrechtung der Arbeiter im Betriebe" fordern. Wie wäre es mit der Wirtschaftsdemokratie? Richtig: „Erweiterung der Rechte der von Arbeitern und Angestellten gewählten Betriebsräte, besonders in den Trustunternehmungen!" Wo sie Akkordsätze, Stoppuhr und laufendes Band kontrollieren sollen.

Arbeit und Brot für die Erwerbslosen soll „eine allgemeine progressive Vermögensabgabe der Besitzenden zur großzügigen Schaffung von Notstandsarbeiten", die tariflich entlohnt werden sollen, bewirken. Das „Bündnis der Arbeiterklasse mit den armen Armen, dem verelendenden Mittelstand, der arbeitenden Intelligenz" soll weiter Forderungen gegen die Steuerpolitik, für Zuteilung von Land, Kreditgewährung schmieden. Die Enteignung der Fürsten soll „erzwungen werden". — Das ist das, was der Kongreß fordern — soll und wird. Schon die Forderungen an sich beweisen, daß man von dem „Unmöglichen" möglichst viel Löcher zurückgesteckt hat. Diese Plattform ist eine typisch kleinbürgerlich-reformistische. So wird dieser Kongreß, zuerst als Kampfansage marktschreierisch gepriesen, sehr merkwürdig zahm.

Wie man in den Wald schreit, so schallt es zurück. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Kongreß trotz seiner verheißungsvoll langen, ziemlich halbjährigen Vorbereitung, ein Resultat bestimmt zeitigen wird, — daß nämlich der scheinradikale Eiertanz der KPD. jetzt mit Unterstützung neuer „überparteilicher" Organe von neuem verstärkt einsetzt: „Der ADGB. muß!" Er wird und kann dann wieder nicht, er wird feste entlarvt und um so eifriger gestützt mit der Parole: „Hinein in die Gewerkschaften!" Die SPD. wird gleichfalls wieder einmal entlarvt, weil sie natürlich das „Kampfprogramm" im Parlament ablehnen wird, im übrigen wird sie weiterhin als „kleines Uebel" unterstützt. Enttäuscht von diesem neuen Betrugsmanöver — das sich würdig dem demokratischen „Volksentscheid"-Schwindel anschließt, werden die Arbeiter immer geringeres Verständnis für die „Dialektik" der Entlarvung und der Unterstützung aufbringen. Der Krampf des merkwürdigen Kongresses wird so in das Gegenteil umschlagen: Die Arbeiter werden weiter abgestumpft und in die Arme der SPD. und der Gewerkschaften zurückgetrieben. Die KPD. wird so rettungslos auf ihren Kreuz- und Querfahrten an den Klippen zerschellen, wenn sie nicht rechtzeitig geraden Kurs auf den SPD.-Hafen nimmt. So oder so: ihr Ende wird ein jämmerliches sein.

Die Arbeiterklasse hat zwischen zwei Feuern zu wählen. Was nun? — steht auch nach dem „Werktätigen-Kongreß" auf der Tagesordnung. Der Kampf um die Tagesinteressen, gegen verschärfte Ausbeutung in den Betrieben, gegen Massenarbeitslosigkeit ist in der heutigen imperialistischen Schlußphase des Kapitalmonopols nur erfolgreich, wenn er zur solidarischen direkten Aktion der gesamten proletarischen Klasse ausmündet. Nicht durch einen zusammengewürfelten Kongreß wird das Proletariat befreit. Erst wenn die Arbeiter sich nicht mehr dem Diktat der Gewerkschaftsbürokratie und der **gesetzlichen „Schlichtungs"-Organe unterwerfen, sondern gegen ihre Fesseln rebellieren** — erst dann ist die Basis für den gemeinsamen Kampf gegeben, dann müssen alle Arbeiter von Betrieb zu Betrieb, von Bezirk zu Bezirk unter Sprengung aller gewerkschaftlichen Abmachungen in Aktion treten. Die Arbeitslosen, die heute durch Hungerpfennige im Schwebezustand gehalten werden, müssen die ersten Stoßtrupps der Empörung bilden.

Sind die Arbeiter selbst, unter Ablehnung parlamentarischer Ablenkungsmanöver, in Bewegung geraten, dann ist der Kongreß der revolutionären Räte das Instrument des einheitlichen Kampfes. Allerdings: aktive Bundesgenossen wird die Arbeiterklasse in ihrer revolutionären Massenaktion der Niederwerfung der kapitalistischen Gesellschaft sehr wenige unter dem städtischen und ländlichen Mittelstand finden. Im „Kommunistischen Manifest" bezeichnet Marx diese Schichten als reaktionär und konservativ, die das Rad der Geschichte zurückzudrehen versuchen. Sie sind schwankend und werden sich dem Sieger unterordnen.

Die Zeit fordert gebieterisch, daß die Proleten aus ihrer Beschaulichkeit erwachen. Nur dann wird auch der „Merkwürdigen-Kongreß" kein reformistischer Triumpf sein, wenn es gelingt, den Arbeitern seine Lehren beizubringen und sie als aktive Mitkämpfer in die revolutionäre Front der KAPD. und AAU. einzureihen.

Politische Rundschau

Die Demokratie marschiert

Die demokratische Republik ist im ständigen „Ausbau" begriffen. Sie soll einen „sozialen Inhalt" bekommen. Es genügt nicht, daß man nach Belieben Zeitungen unterdrücken, Arbeiter jahrelang ohne Beweise ins Zuchthaus sperren kann, öffentliche Versammlungen verbieten kann, wenn die „Ruhe und Ordnung gefährdet" ist. Es wird da noch zu viel Aufhebens davon gemacht. Die Leute fühlen gewissermaßen aus solch außergewöhnlichen Dingen so eine Art Willkür heraus. — Dem will die demokratische Republik abhelfen, und zwar dahingehend, daß jeder Akt der Willkür, der sich nötig macht, zum Gesetz erhoben wird. Wenn nämlich, so kalkuliert die hohe Obrigkeit, jeder Akt fein und feierlich gesetzlich sanktioniert ist, dann ist ein richtiger Demokrat zufriedengestellt. Er will nur nicht, daß ihm „Unrecht" geschieht. Und dem hilft nun die Demokratie ab.

Es sind da eine ganze Reihe solcher Gesetze, die „verankert" werden sollen. Das „Schmutz- und Schund-Gesetz" (Der Name bezieht sich nicht etwa auf das Gesetz selbst, wir bitten das zu berücksichtigen. Red.), dann ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Verfassung. Ferner eine Abänderung des Pressegesetzes, ein neues Reichsvereinsgesetz, Jugendschutzgesetz usw. Ueber das erstere hat man ich noch nicht einigen können, und es ist in der bestehenden Fassung nicht durchgekommen. Auf Grund dieses Gesetzes können aus Pfaffen ernannte Landesprüfungsstellen irgend etwas, was ihnen nicht gefällt, für „Schund" oder „Schmutz" erklären. So eine Landesprüfungsstelle bindet mit ihrem Beschluß das ganze Reich insofern, als irgend eine verbotene Schrift nicht nur in dem betreffenden Landesteil, sondern über das Reich überhaupt als verboten gilt. Dieses Gesetz ist wie gesagt gefallen. Demokraten und Sozialdemokraten sind dafür, daß nur eine Stelle verbieten kann. Um diesen Preis werden sie der Regierung in ihrer sozialdemokratischen Außenpolitik keine Schwierigkeiten machen.

Das zweite ist die Legalisierung des Ausnahmezustandes. Man kann doch nicht immer erst groß den Belagerungszustand verhängen. Man braucht doch nur einen Paragraphen, und die Sache ist gemacht. — Die Sache ist natürlich dringend, wo die Millionenflut der Erwerbslosen rasend wächst. Man kann doch auf diese höchst demokratische Art viel besser regieren, ohne daß man jemanden „Unrecht" tut.

In Nr. 92 der „KAZ." haben wir einen Entwurf festgenagelt, nachdem die höchste Instanz, die bei Zweifelsfällen verkündeter Reichsvorschriften der **Staatsgerichtshof** mit seinen **monarchistischen** Richtern ist, der mit **Gesetzeskraft entscheidet.**

Das neue Pressegesetz verbietet Reichs- und Landtagsabgeordneten, als verantwortlicher Redakteur zu zeichnen, damit man keine Schwierigkeiten mehr bezüglich der „Immunität" hat. Die anderen schönen Vorlagen — man ist eifrig bei der Fabrikation von weiteren — können schon nach diesen Kostproben beurteilt werden. Der „soziale Inhalt" der Republik unterscheidet sich von dem russischen Zarismus bild so stark wie ein Nachttopf von dem anderen.

Das hindert diese fortschrittliche Republik natürlich nicht, den Geßler abzusägen, weil das deutsch-französische Geschäft schon so schlecht genug geht, und diese etwas kompromittierten Leute müssen eben den Geldsackinteressen der Republikgewaltigen geopfert werden. Auf diese Art verschafft man der Sozialdemokratie ein schönes Argument vom Erfolg ihres Kampfes um den sozialen Inhalt, denn, so rechnet man, es gibt noch eine ganze Masse von Arbeitern, die sich von dieser Partei veralbern lassen.

Der ADGB. „muß"

Er soll jetzt wieder einmal gezwungen werden, und zwar durch den Kodewe. (Kongreß der Werktätigen.) Wie er „muß", zeigt der Bergarbeiterverband. Er läßt in der Bergarbeiterzeitung vom 27. November einen Aufruf los, in dem er jeden, der zu diesem Kodewe geht, auszuschließen verspricht. Auch wer sich anmaßt, in Mitgliederversammlungen zu berichten, fliegt. Außerdem fliegt noch, wer in öffentlichen Versammlungen die Bonzen zu kritisieren wagt. Da die Zellenbauer natürlich vor lauter Angst, ausgeschlossen zu werden, hübsch zu kuschen haben und kuschen werden, kann man sich ausmalen, wie dieser Kodewe die „Eroberung" der Gewerkschaften beschleunigen wird. — Das wird die KPD. nicht hindern weiter zu schreien, „der ADGB. muß". Im stillen denken die KPD.-Bonzen über die Proleten, die ihren Blödsinn nachschreien: der ADGB. wird auch was. —

Der „Fall" Hölz

Die „Rote Fahne" veröffentlicht Auszüge aus einem Brief, den der Täter, der den Schuß auf den Rittergutsbesitzer abfeuerte, und worauf die Anklage gegen Hölz aufgebaut war, dem Rechtsausschuß zustellte. Wir lassen die Auszüge dieses Briefes hier folgen:

In dem Brief Erich Friehe lauten die wesentlichen Stellen:

„Wir kamen auf dem Vormarsch unserer Truppe während des Mitteldeutschen Aufstandes, von Gröbers kommend, nach dem Gutshof Roitzschgen. Ich war mit zum Requirieren in das Haus gegangen.

Als wir auf dem Flur des ersten Stockes angekommen waren, ging Hölz mit Heß an einen Kleiderschrank heran, der auf diesem Flur stand, um nachzusehen, ob Mäntel oder andere warme Kleidungsstücke für die frierenden Truppen da seien. Ich selbst ging mit meinem Altersgenossen Willy Günther, der später im Scheiderker Prozeß wegen des Vorfalls auf dem Gute Roitzschgen und der Tötung des Heß zu 7½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, in die Stube hinein, die links von der Treppe aus liegt. In dieser Stube nahm Günther einen Brieföffner an sich, da er diesen irrtümlicherweise für einen Dolch hielt und als Waffe beschlagnahmte. Ich selbst nahm eine helle Wollweste weg, die links an der Tür hing. Günther und ich waren einige Augenblicke, nach meiner Schätzung höchstens eine Minute, in diesem Raum.

Als wir dieses Zimmer verließen, standen Heß und Hölz noch auf demselben Flur. Ich hörte noch, wie Heß zu Hölz sagte, daß er die Schlüssel zu dem Schrank von unten heraufholen wollte. Darauf sprang Heß in auffälliger Eile die Treppe hinunter. Ich wurde gleich mißtrauisch, denn mir war bekannt, daß Heß ein Kappist war und wegen seiner Brutalität bei seinen Arbeitern sehr verhaßt und gefürchtet war. Ich erwartete daher, zumal Heß in seine Tasche griff, einen bewaffneten Widerstand. Ich hatte eine alte Armeepistole in der Hand, um meinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Diese Armeepistole war aber als Schußwaffe nicht mehr brauchbar und nicht geladen. Als ich mich nun umwandte, um Heß nachzuspringen, sprang Hölz sofort auf mich und nahm mir diese Armeepistole weg. Ich ließ mich aber durch Hölz nicht aufhalten, weil ich dem Heß allerhand Feindseliges zutraute und sprang in hoher Erregung die Treppe hinunter ihm nach. Ich befürchtete, daß Heß bewaffnete Hilfe gegen uns holen wollte, und daß er mit Hilfe der Waffe seine Flucht erzwingen wolle. Ich war maßlos erregt, denn ich war einige Tage vorher in Gefangenschaft geraten und bei dieser Gelegenheit in schwerster Weise mißhandelt worden. Ich war unter sehr schwierigen Verhältnissen entkommen und hatte mich flüchtig unter großen Entbehrungen mit vier Genossen durch die gegnerischen Truppen durchgeschlagen.

Während des Hinabspringens zog ich meinen Browning aus dem Gürtel. Hölz schrie mit lauter Stimme nach: „Nicht schießen!" Heß hatte inzwischen die Haustür passiert, aber nicht denselben Eingang, durch den wir das Haus betreten hatten, sondern die Tür, die nach dem zweiten Hofe führt. Als ich, hinter dem Heß herlaufend, durch denselben Ausgang ins Freie gekommen war, lief Heß in rasendem Tempo durch den zweiten Hof in der Richtung auf die Mauer, und zwar auf die Ausfahrt zu, die nach dem Felde führt. Ich hatte das bestimmte Gefühl, daß Heß flüchten wollte, um uns irgendeine Falle zu stellen und legte mit dem Browning auf ihn an, um ihn durch eine Verletzung zu Fall zu bringen. Ich traf ihn auch in den Rücken. Heß brach im gleichen Augenblick auf einem niedrigen Misthaufen zusammen. Mir war nur Willy Günther in den zweiten Hof gefolgt. Ich blieb mit Günther in der Tür stehen, um den Heß weiter zu beobachten, da dieser sich noch merkwürdig behende, trotz des Schusses, bewegte. Zwischendurch hatte sich der Hund des Heß bemerkbar gemacht, der wie toll auf dem Hofe hin und her rannte. Ich entsinne mich noch, daß auf diesen Hund plötzlich mehrere Schüsse, wenn ich nicht irre, Gewehrschüsse, abgegeben worden sind, und zwar glaube ich, daß zu gleicher Zeit auch eine Anzahl von Schüssen von einer anderen Stelle auf den Heß abgegeben worden sind, die diesen aber nicht tödlich trafen.

Wenn ich mein Gedächtnis recht prüfe, so muß ich sagen, daß diese Schüsse von der nach der Straße zu gelegenen Mauer des zweiten Hofes fielen. Diese Gewehrschüsse müssen von Mitgliedern der Haupttruppe, die entweder über die Mauer gesehen hatten oder sonstwie infolge des Vorfalls hinten zusammengelaufen waren, abgegeben worden sein. Hölz kann bei diesen Schützen unmöglich gewesen sein, weil er nur durch dieselbe Tür wie ich in den zweiten Hof hätte gelangen können und weil er sich nach meinen Wahrnehmungen noch im Hause befinden mußte.

Heß hatte sich inzwischen von dem Misthaufen wieder aufgerichtet und war trotz seiner Verwundung nach der Mitte des Hofes gelangt. Er trug seinen Browning jetzt deutlich sichtbar in der Hand und ich befürchtete, daß er uns trotz seiner Verwundung niederknallen würde. Um ihm zuvor zu kommen, legte Willy Günther, den ich angeschnauzt hatte, er solle doch endlich auch seine Salve abgeben, auf ihn an; Günthers Schuß ging fehl. Während Günther geschossen hatte, hatte ich meinen Karabiner von der Schulter gelockert und wollte nunmehr Heß durch einen Schuß in die Seite kampfunfähig machen. In dem Augenblick, in dem ich mein Gewehr erhob, kam Frau Heß aus dem Hause gestürzt, und zwar rückwärts von mir und zerrte mich am linken Arm und rief: „Was hat denn mein Mann eigentlich getan, laßt mir meinen Mann zufrieden!" Ich riß mich von Frau Heß los und stieß sie in hoher Erregung zurück, schlug die Tür zu, so daß ich draußen und Frau Heß drinnen im Hause war. Heß lag auf der Erde und wand sich. Er hob den Kopf, streckte auch einen Arm vor und schrie, wir sollten ihn zufrieden lassen. Ich war jedoch so wahnsinnig erregt und durch die Vorkommnisse der letzten Tage und die schändlichen Mißhandlungen, die ich erlitten hatte, nicht mehr Herr meiner selbst und knallte noch einmal in sinnloser Wut auf Heß, woraufhin Heß verschied. Andere Schüsse auf den Heß sind hinterdrein nicht mehr abgegeben worden, auch nicht von Günther.

Ich bemerke noch, daß, als einige Stunden später Hölz in Wettin vor dem Rathaus einen Appell abhielt und energisch zur Meldung desjenigen aufforderte, der den Heß erschossen habe, ich einen Augenblick von der Truppe abwesend war, weil ich mir ein Paar neue Schuhe gemeinsam mit dem Kompagnieführer Thiemann holte. Als ich zurück kam, war es zu spät, mich bei Hölz zu melden, da inzwischen der Gegner anrückte und wir den Ort verlassen mußten."

Dieser Brief ist auch rein formell ein Schlag gegen diese „unfehlbare" Justiz. Aber davon ganz abgesehen, ist er nur ein Beispiel für die willkürliche Konstruktion der Klassenjustiz, wenn sie revolutionäre Arbeiter erst in ihren Krallen hat. In den meisten Fällen sind die verurteilten Revolutionäre in der Zwangslage, Verrat an den eigenen Klassengenossen zu üben, oder ihr „Alibi" ist eben nicht lückenlos. Das übrige wird dann von Spitzeln „bewiesen". Max Hölz konnte der Schuß nicht nachgewiesen werden, aber er konnte auch nicht sprechen. Die Folge war das „gerechte" Urteil. Ein anderer wird nun die Zuchthauszelle an seiner Stelle betreten. — Die anderen, die ebenso „schuldig" sind wie Hölz, und ebenso „schuldig" wie dessen Ablöser — denn das Proletariat wird niemals die „Schuld" anerkennen, kampflos im Interesse des Kapitalismus zu krepieren — bleiben hinter den Kerkermauern — wenn das Proletariat länger diese mittelalterliche Willkür duldet.

Die Rationalisierung in Rußland und der „Marxismus" der „Roten Fahne"

Dadurch, daß die Moskauer das kapitalistische Rußland stets in ein kommunistisches umzulügen bestrebt sind, geben sie der Sozialdemokratie immer billige Argumente in die Hände. Diese verweist ständig auf Rußland und fordert die KPD. auf, ihre Parolen erst einmal in Rußland zu verwirklichen. So auch in der Frage der Rationalisierung und deren Folgen auf das Proletariat. Diese Anzapfung hatte zur Folge, daß die „Rote Fahne" vom 28. 11. ihren Lesern einen Leitartikel vorsetzte, der für jeden Arbeiter, der von Sozialismus auch nur einen leisen Schimmer hat, eine unübertreffliche Belastungsprobe darstellt. Der Kern dieses hanebüchenen Blödsinns ist folgender:

„In der Sowjetunion ist die Rationalisierung wirklich technischer Fortschritt. Sie erhöht die Produktivität der Arbeit. Jede neue, jede verbesserte Maschine, die in der Sowjetunion zu laufen beginnt, jede neue, jede vergrößerte Fabrik, die dort ihren Betrieb aufnimmt, jeder neue Schacht, der dort niedergebracht wird, um mit verbesserten Produktionsmethoden mehr Kohle, mehr Oel zu fördern, **kommt unmittelbar der Allgemeinheit zugute.** Denn die Produktionsmittel, die verbessert werden, **gehören dem Staat.** Und dieser Staat ist durch den Sieg der Revolution ein **proletarischer Staat.** — — — Und weil so in der Sowjetunion, im Land der Diktatur des Proletariats, des sozialistischen Aufbaus, die Rationalisierung dem Wohle der Allgemeinheit dient, deshalb erhöht sich zusammen mit den Löhnen auch die Arbeitsgelegenheit: von Monat zu Monat steigt dort die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter."

Ist es schon ein starkes Stück, von einem „Arbeiterstaat" zu sprechen, in dem doch für den Markt produziert wird, und deshalb eben nach kapitalistischen Grundsätzen, so kennzeichnet die Phrase von der „Allgemeinheit" die Verlogenheit dieser Renegaten, die in den Arbeitslosen, den Kulacken, den Bourgeois und Proleten keine Klassenfrage mehr sehen dürfen, sondern nur noch „Allgemeinheit". Zu dieser „Allgemeinheit" sagte Trotzki auf der 15. Parteikonferenz (Inprekorr Nr. 142) folgendes:

„In den Thesen Rykows heißt es, daß wir uns dem Vorkriegsniveau nähern. Nun, auch das ist nicht genau gesagt. Ist denn die Bevölkerung gleich groß wie in der Vorkriegszeit? Nein, sie ist heute größer. Und der durchschnittliche Verbrauch von Industriewaren pro Person ist bedeutend niedriger als im Jahre 1913. Nach einer Berechnung des Obersten Volkswirtschaftsrats werden wir in dieser Hinsicht **das Vorkriegsniveau erst im Jahre 1930 erreichen.** Und übrigens, was ist das Niveau von 1913? **Das ist das Niveau des Elends, der Rückständigkeit, der Barbarei.** Wenn wir von einer sozialistischen Wirtschaft sprechen, so bedeutet das: kein Gegensatz zwischen Stadt und Land, allgemeine Zufriedenheit, Wohlstand, Kultur. Das verstehen wir unter wirklichem Aufstieg der sozialistischen Wirtschaft. Und davon sind wir noch entsetzlich weit entfernt. **Wir haben verwahrloste Kinder, wir haben Arbeitslose, das Dorf scheidet jährlich drei Millionen überflüssige Arbeitskräfte aus sich aus,** wirft ungefähr eine halbe Millionen Menschen in die Stadt, **und die Industrie wird nicht mehr als hunderttausend in einem Jahr in sich aufnehmen.**"

Für jeden denkenden Arbeiter ist nach den unwidersprochenen Tatsachen Trotzkys der „Kommunismus" Moskaus erkannt. Wir haben auch nicht die Absicht, uns in den Streit einzumischen, ob man den Zustand der Barbarei als Kommunismus bezeichnen kann. Wir stellen nur fest: die Arbeitslosen, die die Industrie nicht aufnehmen kann, verkommen im Interesse der „Allgemeinheit". Die verwahrlosten Kinder können nicht gerettet werden von wegen der „Allgemeinheit". Den Mehrwert der Produktion eignet sich der Staat an, und der Staat produziert das, was die **zahlungsfähige** „Allgemeinheit" gebraucht. Diese schöne „Allgemeinheit", die in den sozialen Abgrund Geschleuderten auf der einen Seite, — und die besitzende Klasse auf der anderen Seite ist nach Marx das Resultat des Widerspruches zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Mehrwerts. Wenn die „Rote Fahne" die elementarsten Tatsachen und Begriffe auf den Kopf stellen muß, um eine konterrevolutionäre Politik zu rechtfertigen, so kommt sie wohl der Aufforderung Stalins nach, der auf der 15. Parteikonferenz ausrief: „Fort mit den alten Formeln." Aber dieser „Marxismus" muß an seiner eigenen Lügenhaftigkeit verfaulen.

45 Jahre Zuchthaus in vier Wochen

In der letzten Zeit ist zu verzeichnen, daß sich die Prozesse wegen Landesverrats in der deutschen Republik auffallend häufen.

So wurde vor einigen Tagen vor dem Kammergericht gegen den Konditor Otto Teitel wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse verhandelt, der im September 1925 dadurch begangen worden sein soll, daß Teitel versucht habe, von einem Matrosen der Küstenwehrabteilung Swinemünde Nachrichten über Position und Kaliber von Geschützen und Munition zu erhalten. Es verhängte gegen ihn eine Strafe von einem Jahre 2 Monaten Gefängnis wegen Landesverrats, von denen 4 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt. Von der Verteidigung wurde geltend gemacht, daß der homosexuell veranlagte Angeklagte bei dem Matrosen nur Anknüpfungspunkte gesucht hätte.

Weiter sind noch folgende Urteile in den letzten Wochen erwirkt worden:

Reichsgericht: Arbeiter Mees aus Bromberg, versuchte Spionage zugunsten Belgiens, zwei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust.

Reichsgericht: Kaufmann Sobecki aus Berlin, Tiefbauunternehmer Tinter aus Gleiwitz und Waida aus Beuthen, Spionage, ein bis drei Jahre Gefängnis.

Reichsgericht: Arbeiter Schlafke aus Kattowitz, versuchter Verrat militärischer Geheimnisse, vier Jahre Zuchthaus, sechs Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Reichsgericht: Kraftwagenführer Stelter aus Bochum und Lösken aus Duisburg, früher Infanterie-Regiment 9 in Potsdam, Verrat militärischer Geheimnisse und fortgesetzte Spionage zugunsten Belgiens, je fünf Jahre Zuchthaus, zwei Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Oberstes Landesgericht, München: Kaufmann Heinrich Baßler aus Ludwigshafen, Beihilfe zum Versuch des Verrats militärischer Geheimnisse, vier Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Oberlandesgericht, Kassel: Geschäftsreisender Ferdinand Jobsky aus Düsseldorf, versuchter Landesverrat, vier Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust.

Oberlandesgericht, Dresden: Fleischergeselle Mühl, fortgesetzter Verrat militärischer Geheimnisse, acht Jahre Zuchthaus, Polizeiaufsicht.

Oberlandesgericht, Breslau: Privatdetektiv Gabries aus Königsberg, Spionage zugunsten Polens, sieben Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust. Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Schöffengericht Duisburg: Ein Schlosser, Spionage, vier Monate Gefängnis; ein anderer Angeklagter wegen Spionage zwei Monate Gefängnis.

Textilarbeiteraussperrung in Thüringen

Gera, 29. November. (WTB.) Heute nachmittag tagten die Unternehmer der sächsisch-thüringischen Textilindustrie in Greiz, um zu dem von den Arbeitern angenommenen Schiedsspruch der Berliner Schlichterkammer, der eine sechsprozentige Lohnerhöhung vorsah, Stellung zu nehmen. Die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab. Die Folge wird sein, daß, wenn der Streik weitergeht, ab morgen 26 000 Textilarbeiter ausgesperrt werden.

Proletarisches Notizbuch

Auf der Zeche „De Wendel" bei Hamm i. Westf. ereignete sich eine schwere Schlagwetterexplosion. Sechs Bergleute wurden getötet, zwei wurden schwer und zehn leicht verletzt.

In Mussolinien wurden nach zuverlässigen Meldungen seit der Einführung der neuen Terrorgesetze über 5000 politische Gegner des Faschismus zu fünf und mehr Jahren Deportation verurteilt.

Eine Meuterei im Zuchthaus Lüneburg wurde unterdrückt. 20 Gefangene überfielen einen Oberwachtmeister. Ueber die Quälereien der Gefangenen, die zu dieser Revolte führten, herrscht tiefes Schweigen.

Lohnkonflikte in Belgien. Der **Zentralverband der belgischen Industriellen** veröffentlicht eine Erklärung, jede Erhöhung der Löhne zu verweigern. Man sieht Lohnkonflikte voraus. Auch haben die in Brüssel versammelten Beamten und Angestellten eine Erhöhung ihrer Gehälter gefordert.

Der polnische Senat hat gegen die Stimmen der Ukrainer die Ratifizierung des polnisch-rumänischen Vertrages beschlossen.

Bei der Ministerpräsidentenwahl im sächsischen Landtag stimmte die KPD. für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fleißner, und bewies damit von neuem, daß ihre „Forderungen", deren „Durchführung" Bedingung sein sollte, ein Köder für die sind, die nicht alle werden.

Drei Bergleute wurden gestern im Georg-Schacht bei Stadthagen durch herabstürzendes Gestein verschüttet. Zwei sind lebensgefährlich verletzt, der Dritte erlitt einen Armbruch.

Die Pekinger Regierung ist offiziell zurückgetreten. In einem Rundtelegramm an die fünf Führer der Nordarmee wird als Grund für den Rücktritt Mangel an Geldmitteln angegeben.

Die Hamburger Hafenarbeiter haben eine Forderung von 20 Prozent Lohnerhöhung gestellt. Das Lohnabkommen ist zum 30. Dezember gekündigt. Wenn die Hafenarbeiter trotz der letzten Erfahrung den Gewerkschaften den „Kampf" überlassen, werden diese beweisen, daß ihr Kampf zu einer friedlichen Aushungerung der Hafenarbeiter werden wird.

Das M. d. R. Schütz ist wegen fraktioneller Verbindung mit den „Agenten Chamberlains" aus der KPD. ausgeschlossen worden. — Fortsetzung folgt!

Zur Frage der „roten" Verbände

I.

Der „Deutsche Industrie-Verband" — der bedeutendste der „roten" Verbände — veranstaltete kürzlich in Berlin mehrere öffentliche Versammlungen, nachdem er jahrelang nach Art der Amsterdamer Gewerkschaften nur auf die unzulängliche Tätigkeit in Betriebsversammlungen sich beschränkte. Dieses erste öffentliche Auftreten nach langer Zeit muß dem DIV. jedoch nicht gerade gut bekommen sein, denn seine Leitung versichert in Nr. 45 ihres Organs, „künftig weniger öffentliche Versammlungen zu veranstalten" (also wiederum Verschwinden in den politischen Hintergrund!). Und warum dies? Nun, weil sich die Weyer, Riehl etc. durchweg ein glänzendes Fiasko holten, denn die Berliner Mitglieder der KAP. und AAU. hatten die seltene Gelegenheit benutzt, um die Politik des DIV. endlich mal vor dem Forum der proletarischen Oeffentlichkeit unter die revolutionäre Lupe zu nehmen. Den Führern des DIV. ist eine solche platte Selbstverständlichkeit (nämlich das Auftreten von Proletariern anderer Arbeiterorganisationen) so unfaßbar, daß sie in ihrer Presse (Nr. 46) folgendes Klagelied anstimmen: „Nur die KAPD., die aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln keine öffentlichen Versammlungen veranstaltet, benutzt jede sich ihr bietende Gelegenheit, in Veranstaltungen anderer revolutionärer Organisationen ihre Talglichte leuchten zu lassen." — Wir zitieren diesen Satz nur, weil er die Naivität und Unwissenheit der Führer des DIV. naturgetreu widerspiegelt. Wir können gewiß nichts dafür, — (können es jedoch begreifen) — wenn die Führer des DIV. sich in der Oeffentlichkeit so wenig wie möglich zeigen. Andererseits weiß aber jeder Kenner der proletarischen Bewegung, daß die KAP. noch immer, und besonders im letzten halben Jahre, eigene öffentliche Versammlungen veranstaltet hat; Versammlungen, in denen allerdings kein „Talglicht" des DIV. zu sehen war.

Doch kommen wir nach diesen einleitenden Feststellungen zum Kern der Sache selbst.

Der „Deutsche Industrie-Verband" ist der typischste Beweis dafür, daß die organisatorische Loslösung von Amsterdam und Moskau nicht ohne weiteres bedeutet, auch die Nabelschnur mit der reformistischen Politik zu durchschneiden, daß im Gegenteil eine Bewegung trotz dieser formalen Trennung ebenfalls ein Träger des bankrotten gewerkschaftlich-parlamentarischen Systems sein kann. Denn die klarsten Formulierungen über die Krisenperiode der kapitalistischen Gesellschaft und die daraus resultierende Notwendigkeit des revolutionären Endkampfes der Arbeiterschaft, über die konterrevolutionäre Politik der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Organisationen und die Zutreiberrolle der Moskauer Internationale, diese Formulierungen müssen wertlos bleiben, wenn zwischen Theorie und Praxis eine Kluft besteht, d. h. wenn die tägliche Politik nicht der direkte Ausfluß der auf dem Papier stehenden Erkenntnisse ist. Der Klassenverrat der Sozialdemokratie und Gewerkschaften sowie die revolutionsfeindliche Rolle der KPD., sie bestehen ja gerade darin, daß diese Organisationen den heute zur Tageslosung gewordenen Kampf um den Sozialismus nur mit Worten, also in der Phrase führen, anstatt ihre gesamte Politik ausschließlich auf dieses Gebot der Stunde einzustellen.

Auch die Politik des DIV. befindet sich mit den elementarsten Erfordernissen des modernen proletarischen Klassenkampfes ebensowenig in Einklang, wie die Tätigkeit der gewerkschaftlich-parlamentarischen Organisationen. Wohl hat der DIV. auf seinem ersten Reichskongreß im April d. J. ausdrücklich anerkannt, daß die jetzige Krise des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems nichts anderes als seine Todeskrise ist und daher die schnellstmögliche Herbeiführung des Endkampfes zwischen Kapital und Arbeit notwendig ist (siehe Protokoll Seite 98 und 105), aber die Taktik des Industrieverbandes steht im krassesten Widerspruch zu diesen seinen programmatischen Erklärungen. Mit wesentlich denselben politischen Methoden, die Sozialdemokratie, Gewerkschaften und KPD. so erfolgreich zur Ablenkung des Proletariats von seinen revolutionären Aufgaben anwenden, will nämlich der DIV. den als brennend notwendig anerkannten Endkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie herbeiführen. Das heißt: in den wichtigen Fragen Parlamentarismus, Tarifwesen, Betriebsräte, Organisationsform und auch Rußland nimmt der DIV. eine Haltung ein, die sich von der Stellung der reformistischen Organisationen sozialdemokratischer und leninistischer Schattierung nur graduell, aber nicht prinzipiell unterscheidet. Daß der DIV. durch diese Unentschiedenheit in den Grundfragen der proletarischen Revolution zu einer Politik der Halbheiten und Zweideutigkeiten verdammt ist, beweist ein Blick auf sein praktisches Handeln.

Im Protokoll der ersten Reichskonferenz des DIV. ist auf Seite 105 in einer angenommenen Resolution die Rede davon, daß der notwendige Sturz der kapitalistischen Klasse und ihres Wirtschaftssystems mit allen Möglichkeiten zu beschleunigen ist. Doch nicht diese revolutionäre Erkenntnis ist die Seele der Taktik des DIV., sondern ein Haufen „Zweckmäßigkeitsgründe". Wie die reformistischen Bonzen in Reden und Schriften den Sozialismus hochleben lassen, und in der Praxis jeden ernsthaften Kampf der klassenbewußten Arbeiter gegen den Kapitalismus mit allen Mitteln sabotieren, so dreschen auch die Führer des DIV. nichts weiter als revolutionäre Phrasen. Die KPD. treibt parlamentarische Illusionspolitik und schützt die konterrevolutionären Gewerkschaften mit der Parole „Gewinnung von Massen um jeden Preis" — der DIV. bedient sich der untauglichen reformistischen Kampfmethoden „aus Gründen der Zweckmäßigkeit". Es ist gehupft wie gesprungen, denn der Sinn und Zweck beider politischer Richtlinien ist der gleiche. Die Leitung des DIV. muß alle Fragen des proletarischen Befreiungskampfes vom Standpunkt der „Zweckmäßigkeit" aus betrachten, weil eben ihre Organisation nicht durch revolutionäre Grundsätze, sondern durch Konzessionen an die verschiedenartigsten politischen Auffassungen zusammengehalten wird. Die radikalen Resolutionen des DIV. sind nur der rote Mantel, der die eigene politische Zerrissenheit verdecken und dem Proletariat einen Unterschied gegenüber den reformistischen Organisationen vortäuschen soll.

Wohin die von Zweckmäßigkeitsgründen bestimmte Taktik des DIV. führt, zeigt seine Stellung zum Parlamentarismus. Theoretisch genommen hat der DIV. überhaupt keine klare

Leninismus oder Marxismus

Organisationsfragen der proletarischen Revolution.

Von Rosa Luxemburg.

III.

Doppelt gewagt scheint ein solches Experiment gerade im gegebenen Moment für die russische Sozialdemokratie zu sein. Sie steht am Vorabend großer revolutionärer Kämpfe um die Niederwerfung des Absolutismus, vor oder vielmehr in einer Periode intensivster, schöpferischer Aktivität auf dem Gebiete der Taktik und — was in revolutionären Epochen selbstverständlich ist — fieberhafter, sprungweiser Erweiterungen und Verschiebungen ihrer Einflußsphäre. In solchen Zeiten gerade der Initiative des Parteigeistes Fußangeln anlegen und ihre ruckweise Expansionsfähigkeit mit Stacheldrahtzaun eindämmen zu wollen, hieße die Sozialdemokratie von vornherein für die großen Aufgaben des Moments in hohem Maße ungeeignet machen.

Aus den angeführten allgemeinen Erwägungen über den eigentümlichen Inhalt des sozialdemokratischen Zentralismus läßt sich freilich noch nicht die konkrete Fassung der Paragraphen des Organisationsstatuts für die russische Partei ableiten. Diese Fassung hängt naturgemäß in letzter Instanz von den konkreten Umständen ab, unter denen sich die Tätigkeit in der gegebenen Periode vollzieht, und kann — da es sich in Rußland doch um den ersten Versuch einer großen proletarischen Parteiorganisation handelt — kaum im voraus auf Unfehlbarkeit Anspruch erheben, muß vielmehr auf jeden Fall erst die Feuerprobe des praktischen Lebens bestehen. Was sich aber aus der allgemeinen Auffassung des sozialdemokratischen Organisationstypus ableiten läßt, das sind die großen Grundzüge, das ist der Geist der Organisation, und dieser bedingt namentlich in den Anfängen der Massenbewegung, hauptsächlich den koordinierenden, zusammenfassenden und nicht den reglementierenden und exklusiven Charakter des sozialdemokratischen Zentralismus. Hat aber dieser Geist der politischen Bewegungsfreiheit gepaart mit scharfem Blick für die prinzipielle Festigkeit der Bewegung und für ihre Einheitlichkeit, in den Reihen der Partei Platz gegriffen, dann werden die Schroffheiten eines jeden, auch eines ungeschickt gefaßten Organisationsstatuts sehr bald durch die Praxis selbst eine wirksame Korrektur erfahren. Es ist nicht der Wortlaut des Statuts sondern der von den tätigen Kämpfern in diesen Wortlaut hineingelegte Sinn und Geist, der über den Wert einer Organisationsform entscheidet.

Der Blanquismus war weder auf die unmittelbare Klassenaktion der Arbeitermasse berechnet, noch brauchte er deshalb eine Massenorganisation. Im Gegenteil, da die breite Volksmasse erst im Moment der Revolution auf dem Kampfplatz erscheinen sollte, die vorläufige Aktion aber in der Vorbereitung eines revolutionären Handstreichs durch eine kleine Minderheit bestand, so war die scharfe Abgrenzung der mit dieser Aktion betrauten Personen von der Volksmasse zum Gelingen ihrer Aufgabe direkt erforderlich. Sie war aber auch möglich und ausführbar, weil zwischen der konspiratorischen Tätigkeit einer blanquistischen Organisation und dem alltäglichen Leben der Volksmasse gar kein innerer Zusammenhang bestand.

Zugleich waren auch die Taktik und die näheren Aufgaben der Tätigkeit, da diese ohne Zusammenhang mit dem Boden des elementaren Klassenkampfes, aus freien Stücken, aus dem Handgelenk improvisiert wurde, im voraus bis ins Detail ausgearbeitet, als bestimmter Plan fixiert und vorgeschrieben. Deshalb verwandelten sich die tätigen Mitglieder der Organisation naturgemäß in reine Ausführungsorgane eines außerhalb ihres eigenen Tätigkeitsfeldes im voraus bestimmten Willens, in Werkzeuge eines Zentralkomitees. Damit war auch das zweite Moment des verschwörerischen Zentralismus gegeben: die absolute, blinde Unterordnung der Einzelorgane der Partei unter ihre Zentralbehörde und die Erweiterung der entscheidenden Machtbefugnisse dieses letzteren bis an die äußerste Peripherie der Parteiorganisation.

Grundverschieden sind **die Bedingungen der sozialdemokratischen Aktion. Diese wächst historisch aus dem elementaren Klassenkampf heraus. Sie bewegt sich dabei in dem dialektischen Widerspruch, daß hier die proletarische Armee sich erst im Kampfe selbst rekrutiert und erst im Kampfe auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird. Organisation, Aufklärung und Kampf sind hier nicht getrennte, mechanisch und auch zeitlich gesonderte Momente, wie bei einer blanquistischen Bewegung, sondern sie sind nur verschiedene Seiten desselben Prozesses.** Einerseits gibt es — abgesehen von allgemeinen Grundsätzen des Kampfes — **keine fertige, im voraus festgesetzte detaillierte Kampftaktik, in die die sozialdemokratische Mitgliedschaft von einem Zentralkomitee eingedrillt werden könnte.** Andererseits bedingt der die Organisation schaffende Prozeß des Kampfes ein beständiges Fluktuieren der Einflußsphäre der Sozialdemokratie.

Daraus ergibt sich schon, daß die sozialdemokratische Zentralisation **nicht auf blindem Gehorsam**, auf der **mechanischen Unterordnung der Parteikämpfer ihrer Zentralgewalt** basieren kann, und daß andererseits zwischen dem bereits in feste Parteikadres organisierten Kern des klassenbewußten Proletariats und den vom Klassenkampf bereits ergriffenen, im Prozeß der Klassenaufklärung befindlichen umliegenden Schicht nie eine absolute Scheidewand aufgerichtet werden kann. Die Aufrichtung der Zentralorganisation in der Sozialdemokratie auf diesen zwei Grundsätzen — auf der blinden Unterordnung aller Parteiorganisationen mit ihrer Tätigkeit bis ins kleinste Detail unter eine **Zentralgewalt, die allein für alle denkt, schafft und entscheidet,** sowie auf der schroffen Abgrenzung des organisierten Kerns der Partei von dem ihn umgebenden revolutionären Milieu, wie sie von Lenin verfochten wird, erscheint uns deshalb als eine mechanische Uebertragung der Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung von Verschwörerzirkeln auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen. Und Lenin hat seinen Standpunkt vielleicht scharfsinniger gekennzeichnet, als es irgend einer seiner Opponenten tun könnte, indem er seinen „revolutionären Sozialdemokraten" als den „mit der Organisation der klassenbewußten Arbeiter verbundenen Jakobiner" definierte. Tatsächlich aber ist die Sozialdemokratie **nicht** mit der Organisation der Arbeiterklasse **verbunden**, sondern sie ist die **eigene Bewegung** der Arbeiterklasse. Der sozialdemokratische Zentralismus muß also von wesentlich anderer Beschaffenheit sein als der blanquistische. Er kann nichts anderes als die gebieterische Zusammenfassung des Willens der aufgeklärten und kämpfenden Vorhut der Arbeiterschaft ihren einzelnen Gruppen und Individuen gegenüber sein, es ist dies sozusagen ein **„Selbstzentralismus" der führenden Schicht des Proletariats, ihre Majoritätsherrschaft innerhalb ihrer eigenen Parteiorganisation.**

Schon aus der Untersuchung dieses eigentlichen Inhalts des sozialdemokratischen Zentralismus wird klar, daß für einen solchen heutzutage in Rußland die erforderlichen Bedingungen noch nicht in vollem Maße gegeben sein können. Es sind dies nämlich: das Vorhandensein einer beträchtlichen Schicht im politischen Kampfe bereits geschulter Proletarier und die Möglichkeit, ihrer Dispositionsfähigkeit durch direkte Ausübung des Einflusses (auf öffentlichen Parteitagen, in der Parteipresse usw.) Ausdruck zu geben.

Letztere Bedingung kann offenbar erst mit der politischen Freiheit in Rußland geschaffen werden, die erstere aber, die Heranbildung einer klassenbewußten, urteilsfähigen Vorhut des Proletariats — ist eben erst im Werden begriffen und muß als der leitende Zweck der nächsten agitatorischen wie auch organisatorischen Arbeit betrachtet werden.

Um so überraschender wirkt die umgekehrte Zuversicht Lenins, demzufolge alle Vorbedingungen zur Durchführung einer großen und äußerst zentralisierten Arbeiterpartei in Rußland bereits vorhanden sind. Und es verrät wiederum eine viel zu mechanische Auffassung von der sozialdemokratischen Organisation, wenn er optimistisch ausruft, daß schon jetzt „nicht dem Proletariat, sondern manchen Akademikern in der russischen Sozialdemokratie die Selbsterziehung im Sinne der Organisation und Disziplin not tue" (S. 145), wenn er die erzieherische Bedeutung der Fabrik für das Proletariat rühmt, die es von Hause aus für „Disziplin und Organisation" reif mache (S. 147). **Die „Disziplin", die Lenin meint, wird dem Proletariat keineswegs bloß durch die Fabrik, sondern auch durch die Kaserne, auch durch den modernen Bürokratismus, kurz — durch den Gesamtmechanismus des zentralisierten bürgerlichen Staates eingeprägt. Doch ist es nichts als eine mißbräuchliche Anwendung des Schlagwortes, wenn man gleichmäßig als „Disziplin" zwei so entgegengesetzte Begriffe bezeichnet, wie die Willen- und Gedankenlosigkeit einer vielarmigen und vierbeinigen Fleischmasse, die nach dem Taktstock mechanische Bewegungen ausführt, und die freiwillige Koordinierung von bewußten politischen Handlungen einer gesellschaftlichen Schicht; wie den Kadavergehorsam einer beherrschten Klasse und die organisierte Rebellion einer um die Befreiung ringenden Klasse. Nicht durch die Anknüpfung an die ihm durch den kapitalistischen Staat eingeprägte Disziplin — mit der bloßen Uebertragung des Taktstocks aus der Hand der Bourgeoisie in die eines sozialdemokratischen Zentralkomitees, sondern durch die Durchbrechung, Entwurzelung dieses sklavischen Disziplingeistes kann der Proletarier erst für die neue Disziplin — die freiwillige Selbstdisziplin der Sozialdemokratie erzogen werden.** (Schluß folgt.)

Stellung zum Parlamentarismus. — (er leugnet neuerdings, daß es überhaupt einen gibt!) — jedes seiner Mitglieder kann in dieser Beziehung nach seiner Facon seelig werden. In der Praxis unterstützt aber die DIV.-Leitung die parlamentarische Illusionspolitik eben „aus Zweckmäßigkeitsgründen", d. h. um mit taktischen Kniffen die Gefahr einer Spaltung zu bannen. Sie muß nämlich „immer darauf Rücksicht nehmen, daß sich in ihren Reihen noch viele Anhänger befinden, die eine konkrete Ablehnung bei derartigen politischen Ereignissen (d. h. parlamentarischen Komödien!) nicht verstehen würden". Um keine Mitglieder abzustoßen, hat der DIV. deshalb auch den parlamentarischen Massenbetrug des „Volksentscheid für Fürstenenteignung" mitgemacht. Interessant ist es, wie Weyer auf dem Reichskongreß diese Haltung gegenüber wiederholten Angriffen verteidigte. Er sagte laut Protokoll Seite 17:

„Wir wissen wohl, daß die Fürstenenteignung gleichbedeutend ist mit der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse. **Der ganze Enteignungsrummel ist Quatsch.** Wir müssen uns aber beteiligen, weil wiederum viel Anhänger unserer Organisation eine strikte Ablehnung nicht verstehen würden."

Das ist die „Begründung" für eine Politik. Einfach kläglich. Mit genau denselben Argumenten gehen auch die „revolutionären" Parlamentarier der KPD. hausieren, um Dumme zu fangen. Es ist klar, daß eine solche „Taktik" die vollendete politische Hilflosigkeit zur Folge haben muß. Bei Wahlen zu den Parlamenten (wie jüngst in Sachsen) muß sich der DIV. hinter den Kulissen der politischen Bühne verstecken, er darf nicht wie die AAU. und KAP. den offenen Kampf gegen die parlamentarischen Massenbetrüger aufnehmen, da ihm dies das Genick brechen würde. **„Aus Gründen der Zweckmäßigkeit" nimmt der DIV. keine eindeutige Stellung zur parlamentarischen Illusionspolitik — und hilft dadurch tatkräftig mit, der KPD. und SPD. die Arbeitermassen ins Garn zu treiben!**

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Steigende Arbeitslosigkeit

Im Reich.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge ist in der ersten Novemberhälfte im Reich bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern von 1 068 000 auf 1 077 000 gestiegen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger aber von 240 000 auf 237 000 zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. November 1926 beträgt 1 314 000 gegenüber 1 308 000 am 1. November oder 6000 mehr; die Ziffer der Arbeitslosen ist demnach entschieden mehr gestiegen. Die Steigerung beträgt also 0,4 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige) ist von 1 353 000 auf 1 387 000 gestiegen.

In Berlin.

Die Verschlechterung auf dem Berliner Arbeitsmarkt hat auch in der Berichtswoche angehalten. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Personen hat sich um 4873 auf 237 768 Personen erhöht; die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger dagegen nur um 2638 auf nunmehr 159 004. Das besagt, daß die Zahl der Ausgesteuerten immer noch bedeutend mehr beträgt als die zur Entlassung kommenden. Bemerkenswert ist, daß nicht nur Gewerbe, die Saisonschwankungen unterworfen sind, vornehmlich das Bekleidungs- und Baugewerbe, Arbeitskräfte zur Entlassung bringen, sondern daß nunmehr auch die maßgebenden Industrien, wie Metall- und Holzindustrie, ein Nachlassen ihres Kräftebedarfs erkennen lassen. Es waren 237 768 Personen bei den Arbeitsnachweisen des Landesarbeitsamtes Berlin eingetragen, gegen 232 895 der Vorwoche. Darunter befanden sich 150 915 (148 359) männliche und 86 853 (84 536) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 104 425 (102 763) männliche und 54 579 (53 603) weibliche, insgesamt 159 004 (156 366) Personen. Außerdem wurden noch 37 369 (36 522) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin unterstützt und 8506 (8911) Personen bei Notstandsarbeiten beschäftigt.

Englands Rüstung

Englands Aus- und Einfuhr unter den Streikwirkungen.

Die Steuerkraft und die Staatsfinanzen sowohl wie die Profite des englischen Kapitals haben einen außerordentlichen Schlag erhalten. Die vom Board of Trade veröffentlichte Uebersicht über den englischen Außenhandel bis einschließlich Oktober d. J. spiegelt den verhängnisvollen Einfluß wieder, den der Bergarbeiterstreik auf den englischen Außenhandel gehabt hat.

Der Ausfuhrwert im Oktober 1926 mit 53 Millionen Pfund Sterling ist zwar um 2⅓ Mill. Pfund Sterling größer als im September 1926, aber um 14 Mill. Pfund Sterling geringer als im Oktober 1925, und zwar betrifft gegenüber dem Oktober 1925 der Ausfall an Ausfuhrwerten in erster Linie Industrieerzeugnisse mit einem Wenigerwert von über 2 Mill. Pfund Sterling, Bauwollwaren von über 4 Mill. und Fahrzeuge, Lokomotiven und Schiffe von ⅓ Mill., Rohstoffe und Halbfabrikate mit einem Wenigerwert von 4½ Mill., und Lebensmittel, Getränke und Tabak mit einem Wenigerwert von ¾ Mill. In dieser Lücke auf dem Weltmarkt und in der englischen Mehreinfuhr sind die Ursachen der deutschen Konjunktur zu suchen.

Der Einfuhrwert hat im Oktober 1926 111 Millionen Pfund Sterling betragen und den Einfuhrwert für September 1926 um 9 Mill. und den für Oktober 1925 um 2 Mill. überstiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß England im Oktober 1926 für 7¾ Mill. Pfund Sterling Kohle hat einführen müssen, während sonst die Einfuhrzahlen für Kohle für die englische Handelsbilanz keine Rolle spielen. Dagegen sind die Einfuhrwerte für Rohmaterialien für die verarbeitende Industrie gegenüber dem Oktober 1925 gefallen, und zwar bei Baumwolle um nahezu 4½ Mill. Pfund Sterling und Gummi um nahezu 1 Mill. Umgekehrt sind die Einfuhrwerte für Fertigwaren um 3¾ Mill. gestiegen, und zwar bei Eisen- und Stahlerzeugnissen um 1 Mill. und bei Oelen und Fetten um 1½ Mill.

Der Wert der Wiederausfuhr von eingeführten Waren hat im Oktober 1926 nur 10½ Mill betragen und ist damit unter dem Wert für Oktober 1925 um 3 Mill. zurückgeblieben.

Was insbesondere Aus- und Einfuhr von Kohle betrifft, so kennzeichnen folgende Ziffern die Lage:

Im Oktober 1925 betrug der Ausfuhrwert 4 Mill. Pfund Sterling, im Oktober 1926 die kaum nennenswerte Bagatelle von 2400 Pfund Sterling. Demgegenüber hat England im Oktober 1926 für etwa 7¾ Mill. Kohle einführen müssen. Bemerkenswert ist hierbei, daß sich bei den Einfuhrmengen (3 489 083 t im Oktober 1926 und 3 940 880 t im September 1926) die größere eigene Förderung infolge des Abbröckelns des Bergarbeiterstreiks schon bemerkbar macht.

Seit dem Beginn des Bergarbeiterstreiks hat England über 14 Millionen Tons Kohle im Werte von über 28 Mill. Pfund Sterling eingeführt.

Zusammenschlußbestrebungen im englischen Kohlenbergbau.

Der englische Kohlenbergbau kennt weder die Verkaufssyndikate noch die weitergehende, die Produktion beeinflussende Kartellierung des deutschen Bergbaues, noch die Riesenkonzentration des amerikanischen. Die verhältnismäßig gute Lagerung und Abbaufähigkeit und der große Bedarf an Kohle für das hochindustrialisierte Land, sein großer Kohlenbedarf als erste Seefahrtsmacht und seine insulare Lage, die es gegen Kohleneinfuhr fremder Konkurrenten schützten, ließen die Konzentration des englischen Kohlenkapitals nicht brennend werden. Wohl war schon in den letzten Jahren fast die Hälfte aller englischen Gruben notleidend und aus eigener Kraft nicht mehr lebensfähig. Die große Staatsunterstützung an den englischen Bergbau, die das gesamte Industrieproletariat tragen mußte und mit der die englischen Gewerkschaften die Profite der Zechenmagnaten und die Löhne der Bergarbeiter hielten und wiederholt den Streik verhüteten, sind noch bekannt. Der steigende Konkurrenzkampf am Weltkohlenmarkt drängt aber trotz aller Staatsunterstützung und wiederholten Lohnabbaues die englische Konkurrenz vom Weltmarkt zurück und das englische Kohlenkapital holte zu dem großen Schlage aus, die zu dem gewaltigen, mit einzigartiger Ausdauer von den Kumpels durchgeführten Streik führten. Die internationalen Gewerkschaften haben durch ihren organisierten Streikbruch die englischen Kohlengräber in die Knie gezwungen. Und jetzt holt das englische Kohlenkapital zu dem zweiten Schlage aus, der das gesamte internationale Proletariat trifft. In London neigt man der Annahme zu, daß als Folge des Streiks 30 Prozent der Gruben geschlossen werden müssen, da sie finanziell derartig notleidend sind, daß eine Weiterführung der Betriebe unmöglich ist. Man glaubt, daß die Bereitwilligkeit der Banken sich weiterhin durch die Hergabe von Krediten für die übrigbleibenden Zechen zu engagieren nur erreicht werden kann, wenn die Grubenbesitzer daran gehen, durch Zusammenlegung und Vereinfachung der Verwaltung die Gestehungskosten herabsetzen und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe somit sicher stellen. Ein interessantes Beispiel für die gegenwärtige Lage in der Kohlenindustrie bietet der Fall Hills Plymouth Zechen. Im August war die Verwaltung gezwungen, zu schließen, weil es nicht möglich war, 25 000 Pfund Sterling an städtischen Steuern bereitzustellen. Sie wollte alle beweglichen Teile verkaufen. Die Verhandlungen der Stadtverwaltung führten dann dazu, daß die Grubenarbeiter sich bereit erklärten, ohne Erhöhung der Löhne statt bisher knapp sieben, auf ein Jahr acht Stunden zu arbeiten und Lord Buckland erwarb zusammen mit Mr. W. M. L. E. Wellyn, der die benachbarten Cyfarthfa Zeche besitzt, die Hills Plymout Zeche zum Preise von 160 000 Pfund Sterling.

Der Fall Hills Plymouth Zechen steht nicht vereinzelt da, wohl ist er der typischste. Von größerer Bedeutung ist die im Gange befindliche Konzentration des Zechenkapitals. Zunächst scheint es, als ob die Anthrazitgruben am ehesten zu einem Zusammenschluß gelangen werden. Die Amalgamated Anthracite Collieries Ltd., und die United Anthracite Collieries Ltd., die vor kurzem vereinigt wurden, vereinigen den bedeutendsten Teil der Anthracitkohlenindustrie. Die Durchführung des Zusammenschlusses bedeutet schon jetzt den Anthrazittrust, bis auf die Henderson Anthrazit-Gruben, die als einzige dem „Anthracite-Trust" noch nicht angehören, die hineinzunehmen aber Verhandlungen angebahnt sind und erfolgverheißend scheinen. Außerdem scheinen die Zusammenschlußbestrebungen Lord Abercornways Fortschritte zu machen, der versucht, seinen Grubenzechenbesitz mit Yorkshire-Gruben zusammenzulegen. Dieser Zusammenschluß der wichtigsten und bedeutendsten Zechen zwingt die schwächere Konkurrenz naturnotwendig den größeren kapitalkräftigeren und günstigeren Zechen in die Arme resp. zu weiterer Vertrustung. Die Zusammenlegung der rentablen und die Ausschaltung unrentablen Zechen kann naturgemäß nur der Grundstock für die wirkliche Rationalisierung, d. h. der Technisierung zwecks Produktionssteigerung und Verbilligung der Produktion sein.

Die Rüstungen der Eisenindustrie.

In der englischen Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt man sich mit der Frage, wann die Produktion nach Aufnahme der Arbeit wieder ihr normales Aussehen erhalten wird. Man glaubt nicht, daß diese Arbeitsaufnahme im Kohlenbergbau vor Ablauf von 4 bis 6 Wochen so allgemein sein wird, daß genügende Kohlenmengen zur Verfügung stehen. Somit ergibt sich die Tatsache, daß die kleineren Werke, die namentlich auf leichteren Stahl spezialisiert sind, noch vor Ende dieses Jahres die Arbeit werden aufnehmen können. Die großen Werke können jedoch vor Beginn des nächsten Jahres nicht an die Aufnahme der Produktion denken. Mindestens ein Monat wird notwendig sein, um bieten zu können, und erst dann kann die Stahlproduktion aufgenommen werden. Schwerstahlfabrikanten werden eine regelmäßige Versorgung mit Kohle und Koks abwarten, bis sie mit der Arbeit beginnen. Dazu kommt, daß man hofft, durch eine Zurückhaltung die Kohlenpreise drücken zu können.

In England arbeiten gegenwärtig 5 Hochöfen, statt 151 vor dem Streik. In der nächsten Woche werden John Henry Endrew u. Co., Ltd., Toledo-Steel-Works, Sheffield, mit einem Siemensofen zu arbeiten beginnen. Es kennzeichnet den eisernen Willen des englichsen Kapitals, die den Arbeitern diktierten niedrigen Löhne und schlechteren Arbeitsbedingungen sofort für die Produktionsverbilligung einzusetzen, daß die Federation of British Industries die Mitglieder gewarnt hat, Sichtabschlüsse zu tätigen unter Berücksichtigung höherer Preise als vor dem Streik. Auf der andern Seite haben die Eisen-, und Eisen- und Stahlfertig-Industrien ihre Kundschaft auf dem Weltmarkt und z. T. in England ebenso verloren als die Kohlenindustrie. Sie müssen ebenfalls mit herabgesetzten Preisen den Konkurrenzkampf in viel schärferer Form als vor dem Streik wieder aufnehmen.

Die Folgen für das Weltproletariat.

Die deutsche Wirtschaft ist zu einer Scheinkonjunktur aufgebläht. Das Kapital, in erster Linie das Zechenkapital und die Schwerindustrie, aber auch die Fertigindustrie hat durch den englischen Streik immerhin nennenswerten Absatz und Riesenprofite eingeheimst. Arbeiter in nennenswertem Maße sind dagegen nicht eingestellt. Das Proletariat hat von seinem Dolchstoß in den Rücken der englischen Kohlengräber klingenden Erfolg nicht eingeheimst. Die Produktion in Deutschland, d. h. die personelle Arbeitsleistung, ist bedeutend gesteigert worden während des Streiks. Der Weltmarkt dagegen hat sich nicht erweitert. Im Gegenteil. Durch die 1 Million Streikender und 1 Million weiterer Arbeitsloser (außer den fast 2 Millionen „normalen" Arbeitslosen) in England ist die Kaufkraft bedeutend eingeschränkt. In England werden aus Bergbau-, Hütten- und Fertigindustrie infolge Stillegung und Rationalisierung hunderttausende Arbeiter auf der Strecke bleiben. Den übrigen werden die Löhne verkürzt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Die englische Industrie stößt mit verbilligten Preisen und verschärft auf dem Weltmarkt vor. Die notwendige Folge ist der Lohnabbau und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für das Weltproletariat, in erster Linie für das deutsche. Die Preise auf dem Weltmarkt schreibt die amerikanische Industrie mit ihrer überlegenen Technik vor. Der Konkurrenzkampf des europäischen Kapitals gegeneinander und gegen das amerikanische Kapital spielt sich auf dem Rücken des europäischen Proletariats ab.

Die kurzsichtige opportunistische Politik der deutschen wie internationalen Gewerkschaften um der Augenblickserfolge wegen für die Tresore der Aktionäre, bedeutet eine Verschlechterung der Lebenslage für das gesamte Weltproletariat. Die Hundedemut, genannt Gewerkschaftsdisziplin, hat notwendig eine Hungerwelle und verschärfte Ausbeutung zur Folge. Die damit verbundene Steigerung der Arbeitslosenziffer ist der Damm gegen eine Abwehr resp. Wiedereinholung der Verluste. Wenn das Proletariat dies begreifen wird und aus dem englischen Streik die Lehre zieht — aber auch nur dann — daß mit gewerkschaftlichen Mitteln keine Erfolge mehr zu erzielen sind, auch nicht durch die größten Massenstreiks und die heldenhafteste Ausdauer, dann werden die Opfer nicht umsonst gebracht sein.

Aus der Bewegung

Oeffentliche Versammlung der „Entschiedene Linke"

Eine Versammlung der „Entschiedene Linke", die die ausgeschlossenen Genossen des 17. Unterbezirks Groß-Berlins der KPD. am 26. 11. einberiefen, war gut besucht. Die Versammlung nahm ein grundsätzliches Referat des Genossen Schwarz entgegen, das in allen Einzelheiten bewies, daß die KPD. zu einer sozialdemokratischen Renegatenpartei hinabgesunken ist, und für jeden ehrlichen revolutionären Arbeiter innerhalb der KPD. die Frage spruchreif ist: entweder mit den ausgeschlossenen Genossen Solidarität zu üben, oder das Proletariat zu verraten. In der Diskussion sprach ein Genosse der KAPD., der den Genossen der KPD. die Entwicklung seit Heidelberg aufzeigte und nachwies, daß der Weg der Revolution der Weg der KAPD., der Weg der KPD. der des Sozialdemokraten Paul Levi sei. — Die KPD.-Häuptlinge, selbst zu feige — schickten einen ihrer strebsamen jungen Leute hin, um die Politik der KPD. zu verteidigen. Als er mit seinen albernen Phrasen auf das Gelächter der Versammlung stieß, lachte er mit und ergötzte sich so lange an seinen eigenen Witzen, bis er glaubte, seinen Auftrag erfüllt zu haben. Daß sein irres Lachen ein Zeichen von Annormalität war, ging außerdem noch daraus hervor, als er ganz naiv zugab, daß es ihm gar nicht auf eine ernsthafte Diskussion ankam, sondern darum, zu provozieren. So konnten sich die Arbeiter sehr gut ein Urteil bilden. Unser Genosse nagelte fest, daß die KPD. gar nicht drastischer versinnbildlicht werden könne, als durch solche politischen Idioten. Ein kleiner Vorgesetzter des RFB. bewegte sich in Form und Gebärde wie ein waschechter preußischer Unteroffizier und dokumentierte, wie weit die KPD. mit ihren Verdummungsmethoden bei einem Teil des RFB. Erfolge aufweisen kann. Nachdem noch einige ausgeschlossene und oppositionelle Proleten die Methoden der Zentrale geißelten, hielt der Referent in vorgerückter Stunde sein Schlußwort. Die Drohung des Chefs der KPD.-Bonzokratie, Pieck, er werde eine zweite Versammlung in Berlin auseinanderhauen, blieb unausgeführt, was eigentlich bedauerlich war. Gerade diese Versammlung wäre geeignet gewesen für ein glänzendes Fiasko auch in dieser Hinsicht.

Die erschrockenen Spartaner

Vor ihrer Reichskonferenz kündigten sie bombastisch eine öffentliche Berichterstattung an. Am 27. 11. war nun der Tag, wo die Proletarier das Evangelium der neuen mißglückten Partei mit dem Reichstagsabgeordneten Katz an der Spitze, glaubten genießen zu können. Die Pfempfert-Familie war in der Stärke eines Bäcker-Dutzend von Berlin und Spandau gekommen. Daneben waren noch einige andere vorhanden, die aus Prinzip jede Organisation ablehnen.

Als die Erleuchtung beginnen sollte, hielten die Pfempferte es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die öffentliche Berichterstattung nur für die unorganisierte Oeffentlichkeit gedacht ist. Arbeiter, die der KAPD. oder AAU. angehören, möchten doch die historische Stätte verlassen. Einige Proletarier nagelten diesen Heldenmut der Spartaner fest. Pfempfert und Witkow war jedoch anzusehen, daß die Furcht, entlarvt zu werden, so groß war, daß sie ihr Evangelium auf keinen Fall der proletarischen Kritik preisgeben wollten. Drei Genossen der KAPD. und AAU. ersparten daraufhin den Spartakus-Jesuiten weitere Gewissensbisse und ließen die sonderbaren Heiligen allein. Ob es richtig war, sei dahingestellt, jedenfalls erklären die Genossen, daß es ihnen unmöglich war, um den Preis einer Diskussion ohne kritische Zuhörer die Vorstellung dieser Schmierenkomödianten über sich ergehen zu lassen. So tagten die Helden der Göttinger Köpenickade unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, sicher, um durch diese „Illegalität" ihren Revolutionarismus zu demonstrieren. Zweifellos das Beste, was sie tun können. Denn diese Welt ist doch so schlecht und so verdorben, daß es Perlen vor die Säue werfen hieße, wollte man verlangen, daß Spartakus der Auferstandene mit seinem Gehirnschmalz so verschwenderisch umgeht. Man kann es ihm nicht verdenken, — wenn er es selbst frißt.

Mitteilungen

Postbezieher.

Um Irrtümer und Unannehmlichkeiten zu vermeiden, ist eine genaue Angabe auf der Rückseite des Postabschnittes über die Einzahlung zu machen, woraus ersichtlich ist, wofür dieselbe entrichtet wurde.

Groß-Hamburg.

Ab 1. Januar 1927 kommen für die AAU. neue Mitgliedsbücher zur Ausgabe. Die alten Beitragsmarken werden außer Kraft gesetzt. Alle Genossen müssen in der zweiten Dezemberhälfte das alte Mitgliedsbuch an die Vertrauensleute zurückgeben.

Denkt an die Sammelliste für die Weihnachtspakete der politischen Gefangenen.

Mitteldeutschland und Sachsen.

Ortsgruppe Halle.

Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7,30 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße: **Oeffentlicher Diskussionsabend.** — Thema: „Revolutionärer Parlamentarismus oder revolutionärer Klassenkampf, Gewerkschaften oder Union?" Alle oppositionellen KPD.- und RFB.-Mitglieder sind hierzu eingeladen.

Ortsgruppe Chemnitz.

Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7,30 Uhr, im Lokal „Sächsische Krone", Dresdener-, Ecke Lessingstraße: **Oeffentlicher Diskussionsabend.** Thema: „Fachgewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union?" Sympathisierende sind willkommen.

Ortsgruppe Leipzig.

Jeden Donnerstag, abends 7,30 Uhr, **öffentliche Diskussionsabende** im „Schloß Lindenfels", Karl Heinestr. Referate und freie Aussprache über die brennendsten Fragen des Klassenkampfes.

Groß-Berlin

Moabit.

Am Freitag, den 3. Dezember, abends ½8 Uhr, im Lokal Oelschläger, Berlichingenstr. 5, **öffentlicher Diskussionsabend.**

Thema: Warum Union und Partei? Alle ehemaligen Genossen und Sympathisierende sind besonders eingeladen.

2. Bezirk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sela, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 96
s

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

De/ember 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1.30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Krisensymptome u. Arbeiterbewegung in Amerika

Während die „Gewerkschaft" das Organ des ADGB. noch kürzlich schrieb: „In den USA. ist bei der herrschenden Konjunktur von einer wesentlichen Arbeitslosigkeit nicht zu reden", so ist doch nach den Forschungen eines privaten Instituts die Erwerbslosigkeit nicht unter 8 Prozent der Erwerbsfähigen gefallen Aber schon bei ihren Neujahrsbetrachtungen haben führende Wirtschaftler den Beginn der Krise für das Ende des Jahres 1926 vorausgesagt. Die Konjunktur der Vereinigten Staaten Amerikas war ja bekanntlich durch den riesigen Ausbau des technischen Apparats, der Produktions- und Verkehrsmittel bedingt. Sie blieb auf den inneren Markt beschränkt. — Aber auch diese Zeit war erfüllt von dauernden Streiks und Aussperrungen. In der Holzarbeiter-Branche, in Bergwerkdistrikten und neuerdings in einigen Textilindustriebezirken haben schwere Kämpfe stattgefunden. — Aber während in den Oktoberheften der amerikanischen Wirtschafts- und Handelszeitschriften der Eintritt der Krise schon zahlenmäßig belegt wird, schildert der „Proueer" vom August unter der Aufschrift: „Große Erbauer, diese Tief- und Hochbauarbeiter", die Lage in folgenden treffenden Worten:

„Männer des Baufaches! — Wie lange wollt ihr der Lage gegenüber blind sein? Seht ihr nicht, daß, während ihr das ganze Land mit den unverwüstlichen Erzeugnissen einer mühevollen Arbeit bedeckt, während ihr Wege baut, sie ebnet, Dämme errichtet, Reservoire grabt, Eisenbahnen baut, alle jene Grundarbeit ausführt, auf der das ganze industrielle System Amerikas ruht — was tut ihr für euer Leben, vernichtet ihr es an einem undankbaren Werke? So darf es nicht immer weiter gehen. Die große Industrie Amerikas braucht ungefähr so viel davon, als ihr geschafft. Sie spielen mit euch als Blutsauger. Sie lassen durch euch all jene Bauten ausführen, deren sie bedürfen und wenn diese fertig sind, werfen sie euch aufs Pflaster." (Wörtlich übersetzt: „Sie machen euch treiben", d. h. wie ein ausgedientes Wrack, das man von den Ankern löst und ins Ungewisse treiben läßt.)

Der Kopf der Seite über der Aufschrift dieses Artikels zeigt als Titelbild quer über einen riesigen Staudamm, ein Wunderwerk dieser fleißigen Hände. Der Aufsatz ist ein leidenschaftlicher Appell an die Bauarbeiter, sich der Sektion der IWW. anzuschließen, sich durch sie rechtzeitig eine Kampforganisation zu schaffen.

Die dritte Seite dagegen zeigt den ausgemergelten, vollständig ausgepreßten Sklaven auf dem Auktions-Block. Die große kräftige Figur eines amerikanischen Arbeiters sitzt auf dem Block, den Nacken gebeugt, das Kinn hängt herab, die Augen stieren ins Leere, die nimmermüden Hände ruhen nun endlich im Schoß, denn die muskulösen Arme hängen schlapp herab. Es geht nicht mehr. Fertig mit der Welt! — Ein Menschenleben lang half er den gewaltigen Kontingent mit den herrlichsten Bauten und Wohnhäusern bedecken, und nun in die Gosse.

Dasselbe Heft bringt unter den Notizen des Schriftleiters der sich mit den Aussichten eines Erntearbeiters befaßt, folgendes:

„Die Erntearbeiter sind dieses Jahr wehrloser als je. Die Maschine verdrängt den Menschen, und die Arbeitslosen aus der Stadt strömen aufs Land. Die Maschine und das Hetzsystem zwingen die Stahlarbeiter, die Textilarbeiter und Bergleute der Kohlengruben, sich der Armee der Arbeitslosen anzuschließen."

Während die Zahl der Beschäftigten dort während der letzten 30 Jahre beständig abnahm, hat Jowa von den 6 Millionen Bushel, um die die USA. in den letzten 15 Jahren ihren jährlichen Ernteertrag erhöht haben, 5 Millionen geliefert. Der Bauer wird durch den Pächter verdrängt. Der Bauer selbst zieht nach der Stadt und geht in dem Heer der „jobbless", d. h. der Unbeschäftigten, unter. Die einen immer wieder zeitweise und die anderen für immer. 1910 waren 465 000 000 acres des Kulturlandes in den USA. Eigentum der Bauern, 1920 nur 461 Millionen, aber das Pachtland war um 4 Millionen acres gestiegen.

„Zu Lincolns Zeiten, sagte man, und auch Lincoln pflegte es zu sagen: der reguläre Weg für einen jungen Mann wäre: für Lohn zu arbeiten um sich Geld zu ersparen, um Land zu pachten, und dies schließlich zu kaufen. Jetzt ist die Lage geradezu entgegengesetzt. Die Bauern starten mit ihrem Eigentum. Dann verlieren sie ihren Besitz an die Bank, die die Hypotheken darauf hat. Dann pachten sie das Land von der Bank. Nun werden sie von irgend einem großen kapitalistischen Unternehmen, das mehr Maschinen und weniger Menschenkraft anwendet, ganz verdrängt. Sie werden selbst Arbeiter zur selben Zeit, wo die Arbeitsgelegenheit für Tagelöhner sich ständig vermindert.

Amerika steht z. Zt. unter zwei bösen Sternen. Es wird überwiegend zum Industrieland und die Krise setzt voll ein. Schon vor Monaten schrieb die „American News", daß das Kulturland sich in den letzten zwei Jahren nicht mehr vergrößert habe und der Gesamtertrag sich auch nur sehr gering gesteigert hätte. Der „Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband" stellt im Oktoberheft glatt und klar fest:

„Die USA. führen mehr Nahrungsmittel ein, als aus." In 25 Jahren ist die Ausfuhr von Nahrungsmitteln um 75 Prozent, **die Einfuhr um 300 Prozent gestiegen.**

Im Jahre 1925 war die Einfuhr an Nahrungsmitteln 928 000 Dollar, d. h. 22 Prozent der gesamten Einfuhr. Ausfuhr 892 gleich 18,5 Prozent der gesamten Ausfuhr.

Weizen, das Hauptausfuhrprodukt, figuriert zwar 1910 bis 1914 mit 106 190 000 Dollar, 1926 mit 233 384 000 Dollar, aber die Einfuhr von Zucker hat sich um das 2½fache, das von Gemüse und Konserven um das 3fache gesteigert.

Zum Einsetzen der Krise schreibt der „Commerce Monthly" in seiner Oktoberbetrachtung: Das Jahr 1926 war im Wesentlichen nicht schlechter als 1925. Die Zunahme in der Beschäftigung der Industrie aber nur 3—5 Prozent. Die Furcht vor Verschlechterung bleibt bestehen, denn nur bei einer lebhaften und ununterbrochenen Nachfrage kann die Produktions- und Verteilungsmaschine in ihrem heutigen Umfange in Gang gehalten werden. Sie wird auch heute schon lange nicht voll ausgenutzt.

Die Krise setzt voll auf dem Baumarkt ein. In 37 Staaten sind die Bauten um 2 Prozent ihres Dollarwertes gefallen, aber in den Hauptindustriestaaten sind die Zahlen, New-York, New-Jersey, New-England, Pittsbourgh 27, 9, 19 und 33 Prozent. Hypotheken sind nicht mehr unterzubringen. Eisen und Stahl müssen dem Baugeschäft folgen. Auch der Verkauf der Autos läßt in den Industriestaaten trotz herabgesetzter Preise nach. Der Textilbranche geht es etwas besser, aber nicht gut. Auch die Landprodukte fallen im Preise. Die Apfelsinen in Californien sind um ein Drittel billiger als 1925. Das Rohmaterial hält sich noch. „Der Geldmarkt ist gut, weil eben genügend anlagesuchendes Kapital vorhanden. So reden die Kapitalistenblätter selbst.

Nun zurück zur Arbeiterbewegung. Der „Industrial Solidarity", das Wochenblatt der IWW., schreibt „Auf der Wahlversammlung der New-Yorker Kammer für Handel und Verkehr sagte der bekannte Finanzmann Jules S. Bache, daß die USA. einer Periode von „schweren Zeiten" entgegengehen. Er sagte: „Wir haben unseren Anteil an den guten Zeiten gehabt, welche gewöhnlich 18 Monate bis zu 2 Jahren dauern. Die USA. können nicht mehr als einen vernünftigen Teil an Prosperität vertragen. Harte Zeiten müssen kommen."

Millionen von nützlichen Arbeitern leben in diesem Lande unter „der Armutsgrenze". Sie sind durchaus Willens, ihren Anteil an diesem vielgerühmten Reichtum zu empfangen. Sie halten „hart times" seit sie geboren, und die entsetzlichen Voraussagungen des Finanzmannes werden keinen Hauch von Verständnis bei ihnen finden."

Der amerikanische Cent kann die fetten Jahre vertragen, so war diese kleine Rahmennotiz überschrieben, aber für die Arbeiterschaft waren auch sie nur eine Kette von Leiden. Die Löhne sind im großen nicht erhöht worden. In den Kämpfen besonders der Bergarbeiter fiel die Führung oftmals den revolutionären JWW. zu. Sie konnten wohl neue Sektionen grün-

Der K. d. W. — ein Bluff!

Gleich einem Marionettentheater läßt die KPD. den „Erwerbslosenkongreß", der die Einseifung der Erwerbslosen und ihre Gefügigmachung für den Kongreß der Kleinbürger bezweckt, abrollen. Er ist im voraus genau festgelegt, wie viele Delegierte, und wer zehn Minuten reden darf. Wann ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt wird, und wer ihn stellt. Die ganze Regie ist auf die Minute abgezirkelt, einbegriffen die Delegation zum ADGB., die Entrüstung über die Behandlung, die Delegationen an den Reichstag, die Kundgebungen, Kinoaufnahmen, Resolutionen und die „Internationale". Selbstverständlich ist die Plattform die alte. Kein einziger Gedanke, der nicht in dieser schreienden Plattheit jeden Tag die „Rote Fahne" füllt. Ein Sicherheitsventil, um die Empörung in die der KPD. genehmen Bahnen zu lenken. Ein groß angelegter Bluff!

Angefangen von der „Stabilisierung" des Kapitalismus, damit die ökonomische Basis für die nep-reformistischen Parolen von der „Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß" bis zur „Revolutionierung der Gewerkschaften" gegeben ist, bis zur „Arbeiter- und Bauernregierung", verläuft alles in vorschriftsmäßiger Regie. Ein Delegierter aus Hamburg versucht die Illusion zu zerstören, die bezüglich des KdW. gezüchtet wird. Sofort springen die Mannen der KPD. auf, um die kritische Stimme dummfrech zu desavouieren. Sie sind die „berufenen" Vertreter. Diese leichte Kritik eines zweifelnden Proletariers genügt schon, um eine lächerliche Kanonade gegen die „linke" Gefahr loszulassen, um ja jeden revolutionären Gedanken im Keime zu ersticken.

Die KPD. hat alle Ursache. Denn dieweil dort der Speichel von den korrumpierten Gesichtern trieft, hebt sie in Spandau, in Brandenburg, in Kiel sozialdemokratische Bürgermeister und sonstige Würdenträger auf den Thron. Die bürgerliche Regierung in Mecklenburg erfreut sich bis heute der tatkräftigen Unterstützung der KPD. In Sachsen schwitzt die KPD. Blut und Wasser, um den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fleißner durchzubringen. Diese Bettgenossenschaft darf natürlich durch die hungernden Erwerbslosen nicht gestört werden. Es gilt diese vielmehr in die „breite" Kampffront einzureihen, die von der KPD. über die „entschiedenen Republikaner" bis zur „Christlich sozialen Reichspartei" reicht, deren Vorsitzender ein Pfaffe ist. Genosse Hochwürden muß auch zufrieden gestellt werden. In dieser Atmosphäre bleibt jede revolutionäre Kritik ein Irrlicht über dem Sumpf. Dieses Theater hat mit der proletarischen Revolution eben soviel und so wenig zu tun, wie ein kaiserlicher Hofnarr mit einem Kaiserreich.

In den stürmischen Wellen der Wirtschaftskrise und Klassenkämpfe wird dieser „K. d. W." eine Eintagsfliese sein und bleiben. Die neo - nep - reformistische Blechmusik wird schnell verflogen sein, die heimkehrenden Proleten werden beizeiten erfahren, daß sie für reaktionär - utopisch - kleinbürgerliche Mittelstandsinteressen mißbraucht wurden, und die proletarischen Interessen auf dem Altar der „Einheit" mit dem Bürgertum, das einen Kampf gegen seine Proletarisierung führt, elendiglich geopfert wurden. Die proletarische Revolution ist das Werk der Arbeiterklasse, — oder sie ist eine Phrase. Und das Gelingen dieses Werkes setzt voraus, das das Proletariat begreift, **daß sein Kampf ein Kampf um den Sturz des Kapitals und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur zum Zwecke der Expropriation der Expropriateure ist.** An dieser Eindeutigkeit wäre dieser Kongreß aufgeflogen, das Kleinbürgertum hätte im Laufschritt diese Stätte verlassen. — Doch hier wurden die proletarischen Interessen zum Anhängsel kleinbürgerlicher Belange. Das Proletariat durfte Statist bei einer Veranstaltung wildgewordener Spießer sein.

Jetzt, wo der englische Kohlenstreik beendet ist, die deutsche Konjunktur wieder zum Stillstand kommt, weiß die Bourgeoisie eben keinen anderen Weg als auf ihre Waffen und auf ihre Helfershelfer in den Reihen der Arbeiterklasse zu vertrauen. Die deutsche Bourgeoisie rüstet fieberhaft für den Winterfeldzug gegen das Proletariat. Mit zynischer Offenheit diskutiert sie über Mittel und Wege, um in den drohenden Konflikten des Winters gewappnet zu sein. Das parlamentarische Kreiselspiel um „große" oder „stille" Koalition zeigt die kapitalistische Aktivität, um den so nötigen Burgfrieden herbeizuführen. Herr Silverberg, der sich um die Mitarbeit der SPD. so verdient gemachte Beauftragte wichtiger Industriegruppen des Westens weiß, was es für die Arbeiterklasse bedeutet, den Feind im Rücken zu haben. — Denn Herr Silverberg weiß auch, daß mit der SPD. sich auch der Noskekurs schützend vor das kapitalistische Privateigentum stellt. Der Winterfeldzug der Bourgeoisie ist gut eingeleitet . . .

Das Hungerbarometer wird in den kommenden Monaten mehr als einmal Sturm anzeigen. Es ist eine alte Weisheit, daß wir kämpfen müssen, um etwas erringen zu können. Aber die kommenden sozialen Kämpfe werden nicht mehr allein um die Steigerung des Kampfes gehen, sondern gleichzeitig für das revolutionäre Proletariat ein Kampf um die neuen Waffen sein, ein Kampf um die Proletarische Klassenorganisation. Mit unbarmherziger Deutlichkeit wird der Klassenkrieg die revolutionären Proletarier lehren, daß sie auf verlorenem Posten stehen, solange sie nicht die fundamentale Voraussetzung der Revolution begriffen haben, die den unaufhörlichen Sturm gegen die sozialdemokratischen Bollwerke der Konterrevolution und den klassenmäßigen Zusammenschluß in den Betrieben und Stempelstellen verlangt. Nur wenn der Vortrupp gerüstet steht, kann er die rebellierenden Massen emporheben zur letzten entscheidenden Schlacht. Und dann erst erfüllt sich das Wort, das in den letzten Wochen in allen Ecken und Winkeln auf den Plakaten der Scheidemannsozialisten stand: **Die Masse siegt!**